

bsz

bärner studizytig

AZB CH-3012 Bern

bärner studizytig #7 märz 2017

- **Vertrauen ist gut, Kontrolle ist teuer**
- **«Zunächst hatte ich keinen exakten Plan»**
- **Schweigen ist Gold**
- **Im Gespräch mit Laura de Weck**
- **SUB-Seiten: Studieren nach der Flucht**



ethiopian restaurant - take away

Äthiopisch essen im Quartier



Einfach mit der Hand ein wenig Fladenbrot zurechtzupfen, eine leckere Sauce darin einpacken und beim Kauen darüber sinnieren, wieso Mahlzeiten garantiert jedes Mal besser schmecken, wenn man sie mit den Fingern isst. Äthiopisch zu essen ist ein ganz spezielles Erlebnis für alle Sinne. Probieren Sie es aus und besuchen Sie uns! www.injera-restaurant.ch



EHB

EIDGENÖSSISCHES
HOCHSCHULINSTITUT FÜR
BERUFSBILDUNG

Schweizer Exzellenz in Berufsbildung

MASTER OF SCIENCE IN BERUFSBILDUNG

- wissenschaftsbasiert und praxisorientiert
- interdisziplinär: Ökonomie, Psychologie, Soziologie und Erziehungswissenschaften
- mehrsprachig (d/f/e)
- 120 ECTS, 6 Semester (Teilzeitstudium)

Beratung und Anmeldung:
+41 58 458 27 38, msc@ehb.swiss

www.ehb.swiss/MSc, www.iffp.swiss/MSc, www.iuffp.swiss/MSc



Editorial

#7

Liebe Freundinnen und Freunde emallierter Jugendstil-Türklopfer

«Hi-dee hi-dee hi-dee hi; Whoa-a-a-ah; Hee-dee-hee-dee-hee-dee-hee; He-e-e-e-e-y; Oh-oh-oh-oh.» Als der amerikanische Jazz-Virtuose Cab Calloway 1929 diese Zeilen schrieb, muss er an die 7. Ausgabe der bärner studizytig gedacht haben. Denn wem würde beim Anblick unserer Inhalte nicht ein frohlockender Ausruf höchster Freude durch die Stimmbänder schwingen? Mit Notizblock und Bräunungscreme haben sich unsere Redaktionierenden in südliche und weniger südliche Gefilde begeben, um euch, ver(k)ehrte Leserschranke, Geschichten aller Art mitzubringen. Geschichten über den Berner Arganölscheich in Marokko (Whoa-a-a-ah), SozialinspektorInnen, die BMW-fahrenden SozialhilfebezüglerInnen nachstiefeln (Hee-dee-hee-dee-hee-dee-hee), den Filz im Asylwesen (Hi-dee hi-dee hi-dee hi) oder über Laura de Weck, die an der Elbe den Dialog sucht (He-e-e-e-e-y).

Auch die 7. Ausgabe der bsz soll euch eine verführerische Sirene sein, egal ob euch die Studien-Odyssee zum Maserati (BWL) oder in die Midlifecrisis treibt (auch BWL). Genauso verführerisch wie unsere Zeitung gibt sich auch das Line-up der zweiten «la fête» (Oh-oh-oh-oh). Nehmt gleich die Agenda hervor und malt neben den 24. März zwei (oder drei) dicke Ausrufezeichen. Und haltet euch, zwecks Kuration vorabendlicher Trunkenheit, am besten auch gleich den darauffolgenden Tag frei. Ihr werdet es uns danken.

Eure Redaktion
redaktion@studizytig.ch
www.studzitytig.ch

häregluegt 4

– Vertrauen ist gut,
Kontrolle ist teuer

ännet dr gränzä 8

– «Zunächst hatte ich
keinen exakten Plan.»

hundsverlochetä 12

– studizytig – la fête

inägspienzlet 14

– Schweigen ist Gold

plöderlet 20

... mit Laura de Weck

wärweisetä 24

grümschelichischtä 25

sub-seiten 26

– Rechtshilfe für Studis
– Studieren nach der Flucht
– Standpunkte: Über den
Wert von Bildung
– Nachhaltigkeit in der Mensa

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist teuer

Oder war's doch umgekehrt? Der Kanton Bern jagt mit grossem Aufwand SozialhilfebetrügerInnen nach und vertraut gleichzeitig bei der Steuerhinterziehung auf Selbstanzeigen. Wieso eigentlich?

Der Verein «Sozialinspektion Kanton Bern» untersucht seit 2012 Verdachtsfälle auf Sozialhilfemissbrauch. Die Sozialdienste können dem Verein Personen melden, welche verdächtigt werden, falsche Angaben zu ihrer Wohn-, Einkommens- oder Vermögenssituation gemacht zu haben und somit ungerechtfertigt Sozialhilfe zu beziehen.

Vier SozialinspektorInnen untersuchen die Verdachtsfälle. Dabei folgen sie einem standardisierten Verfahren: Zuerst werden die vom Sozialdienst zugestellten Informationen geprüft, anschliessend wird im Internet zur Person recherchiert, später sind unangekündigte Hausbesuche möglich. Wenn konkrete Hinweise bestehen, kommen auch Überwachungsmethoden zum Einsatz. So versuchen die SozialinspektorInnen beispielsweise, mutmasslich schwarzarbeitende SozialhilfebezüglerInnen auf ihrem Arbeitsweg zu verfolgen und Beweise zu sammeln. Roger Schürch, Geschäftsführer des Vereins Sozialinspektion Kanton Bern, wiegelt jedoch ab: «Die Überwachung ist nur in einem kleinen Teil der Fälle erforderlich.»

«Man wollte die Sozialinspektion»

Seit der Vereinsgründung vor vier Jahren habe die Anzahl der eingegangenen Aufträge laufend zugenommen, sagt

Schürch: «Die definitiven Zahlen für 2016 liegen noch nicht vor, aber die Tendenz ist auf jeden Fall weiterhin steigend.» Den Grund hierfür ortet er bei den SozialarbeiterInnen. Diese seien sensibler geworden: «Da das Thema Sozialhilfemissbrauch stärker in der Öffentlichkeit war, hat man begonnen, genauer hinzuschauen.» Ausserdem entspreche die Entwicklung einem politischen Willen: «Man wollte die Sozialinspektion.»

«Da das Thema Sozialhilfemissbrauch stärker in der Öffentlichkeit war, hat man begonnen, genauer hinzuschauen.»

Die mediale Präsenz und der politische Wille, den Schürch anspricht, können in den Schweizer Zeitungsarchiven relativ detailliert zurückverfolgt werden. Die Wörter «Sozialhilfemissbrauch»

und «Sozialmissbrauch» finden zwischen 2001 und 2004 insgesamt in gerade mal 25 Artikeln von Schweizer Medien Erwähnung. Dann schnell die Zahl der Erwähnungen urplötzlich nach oben: 2005 waren es 45 Artikel, dann 113 (2006), 345 (2007), schliesslich 440 (2008, Daten von Factiva). In den Berichten stehen meist einzelne Missbrauchsfälle im Fokus. So wurde zum Beispiel aufgedeckt, dass sich ein Stadtberner Sozialhilfebezügler mit Heroideals ein luxuriöses Leben finanzierte oder eine Sozialhilfebezüglerin in Zürich einen BMW fuhr (oder wie es in der Weltwoche hiess: einen «subventionierten Luxusschlitten»).

Durch die Berichterstattung über diese und ähnliche Fälle wurde die Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs zur sozialpolitischen Priorität hochstilisiert. Schnell zur Stelle war beispielsweise die Stadtzürcher SVP, welche bereits im August 2006 Unterschriften für eine Initiative mit dem Titel «Stopp dem asozialen Sozialhilfemissbrauch» zu sammeln begann.

Die Weltwoche-Kampagne und ihre Früchte

Eine regelrechte Medienkampagne gegen das Zürcher Sozialdepartement und dessen damalige Vorsteherin Monika Stocker (Grüne) orchestrierte die



Weltwoche unter Federführung von Inlandredaktor Alex Baur. Zwischen Februar 2007 und März 2008 war in nicht weniger als 19 Ausgaben der wöchentlich erscheinenden Zeitung über Missbrauchsfälle im Sozialdepartement zu lesen, wobei Stocker elf Mal mit einem Bild abgedruckt wurde. Auch wenn ein Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) später festhält, dass sich «viele der erhobenen Vorwürfe als falsch erwiesen und teilweise aus dem Zusammenhang gerissen waren», hatte die Kampagne der Weltwoche Konsequenzen: Nach dem medialen Kreuzfeuer gab Monika Stocker im Februar 2008 ihren Rücktritt bekannt.

Nicht nur personell hat sich durch die Missbrauchsdebatte einiges verändert – im Verlauf der Weltwoche-Kampagne wurden in der Stadt Zürich auch erstmals Einsätze von SozialinspektorInnen angeordnet. Dies passt zeitlich ins gesamtschweizer Bild: Obwohl erst 2005 in Emmen (LU) erstmals eingesetzt, greifen zehn Jahre später praktisch alle grösseren Sozialdienste auf Sozialinspektion zurück. Inzwischen wird das Kontrollinstrument von einer breiten politischen Koalition von Sozialdemokraten bis Volkspartei unterstützt. Auch die Gesetzgebung scheint mit der Zeit – oder den politischen Prioritäten – zu gehen: Der Straftatbestand «unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer So-

zialversicherung oder der Sozialhilfe» gelangte erst 2016 durch ein Hintertürchen ins Strafgesetzbuch (Art. 148a StGB). Da die Ausschaffungsinitiative ausdrücklich eine Ausweisung von ausländischen Personen vorsieht, welche missbräuchlich Sozialhilfeleistungen bezogen haben, musste überhaupt erst ein entsprechender Straftatbestand geschaffen werden.

Sozialinspektion kostet

Meist unbürokratisch als Pilotprojekt oder Testbetrieb eingeführt, hat sich die Sozialinspektion heute als fester Bestandteil der Sozialwerke etabliert. So schloss alleine der Verein Sozialinspektion Kanton Bern zuletzt 108 Untersuchungen innerhalb eines Jahres ab. «Die Sozialinspektion Kanton Bern ist etabliert!», lautete denn auch der freudige Titel der Medienmitteilung zum Jahresbericht 2015.

Die Frage nach Sinn und Unsinn der Sozialinspektion fehlt in der Debatte gänzlich – dabei hätte die Öffentlichkeit nach mehreren Jahren immer intensiverer Praxis eine kritische Beurteilung des Instruments verdient. Die Berner SozialinspektorInnen konnten zwar in 60 der 108 abgeschlossenen Fälle einen Sozialhilfemissbrauch nachweisen, doch die Untersuchungen kommen den Kanton nicht ganz billig zu stehen: Die erfolgreichen Untersuchungen des Vereins Sozi-

Die Frage nach Sinn und Unsinn der Sozialinspektion fehlt in der Debatte gänzlich.

alinspektion Kanton Bern führten 2015 zu Rückerstattungsforderungen von CHF 450'000, welche einem Aufwand von CHF 610'000 gegenüberstehen. Kommt hinzu, dass kaum der gesamte Rückforderungsbetrag tatsächlich zurückbezahlt wird: «Sozialhilfebeziehende leben bereits auf dem Minimum, in der Regel bleibt von den erhaltenen Leistungen nicht viel übrig. Und wo nichts ist, können die Sozialdienste in einem Missbrauchsfall auch nichts zurückholen», bestätigt Roger Schürch.

Finanziell zu rentieren sei allerdings auch nicht der Auftrag des Vereins, betont Schürch: «Uns geht es darum, sicherzustellen, dass das Sozialhilfegeld auch wirklich zu den Bedürftigen gelangt. Und sicherlich ist auch ein präventiver Aspekt dahinter: Wenn bekannt ist, dass wir kontrollieren, werden weniger Missbrauchsversuche stattfinden.»

Wieso werden SozialhilfebetrügerInnen inspiziert, Steuerkriminelle hingegen nicht?

Wieso eigentlich nicht Steuerinspektion?

Sozialhilfemissbrauch ist Betrug am Staat, auf Kosten des solidarischen Gemeinwesens. Es ist richtig, dass diese Delikte konsequent verfolgt werden. Dennoch stellt sich die Frage, wieso der Kanton ausgerechnet bei der Sozialhilfe so aufwändig kontrolliert. Wieso werden SozialhilfebetrügerInnen inspiziert, Steuerkriminelle hingegen nicht? Auch diese entziehen dem Gemeinwesen unrechtmässig Mittel und im Gegensatz zu den SozialhilfebezieherInnen wäre bei ihnen durchaus etwas zu holen. 2015 kassierte der Kanton Bern alleine durch Selbstanzeigen von Steuersündern satte 15 Millionen Franken zusätzliche Steuererträge. Über die Gesamtsumme der tatsächlich hinterzogenen Steuergelder kann nur spekuliert werden.

«Wir vertrauen grundsätzlich darauf, dass die Steuerpflichtigen ihre Angaben nach bestem Wissen und Gewissen machen.»

Trotzdem gibt es im Kanton Bern keine «Steuerinspektion». Darauf angesprochen verweist man seitens der Finanzdirektion auf die modernen und automatisierten Systeme, welche die verfügbaren Steuerda-

ten überprüfen. So werden Lohnausweise beispielsweise direkt vom Arbeitgeber an die Steuerverwaltung zugestellt. Zusätzlich nimmt die Steuerverwaltung eine grosse Zahl an Buchprüfungen vor, fordert Belege ein und überprüft Meldungen Dritter. Auch werden ab 2018 im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs (AIA) zusätzliche Steuerinformationen aus dem Ausland zufließen. Der AIA hat dazu geführt, dass im letzten Jahr eine Rekordzahl von Steuersündern die Möglichkeit zur straflosen Selbstanzeige nutzten. Rückwirkend müssen sie für die letzten zehn Jahre Steuern bezahlen, dafür entgehen sie einer Busse. «Wir vertrauen aber grundsätzlich darauf, dass die Steuerpflichtigen ihre Angaben nach bestem Wissen und Gewissen machen», heisst es bei der Steuerverwaltung des Kantons.

Zögerlicher Regierungsrat

Strengere Steuerkontrollen werden immer wieder auf dem politischen Parkett diskutiert. Im Grossen Rat wurde 2013 ein Postulat angenommen, welches den Regierungsrat damit beauftragte, die Ausarbeitung eines «Massnahmenpaketes zur verstärkten Bekämpfung der Steuerhinterziehung» zu prüfen. Teil dieses Massnahmenpaketes sollte unter anderem eine verstärkte Steuerinspektion sein. Der Regierungsrat um Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) tut sich aber offensichtlich schwer, konkret etwas zu unternehmen – drei Jahre nach Annahme des Postulates schreibt er in einer Geschäftsantwort an den Grossen Rat: «Die Prüfung der Anliegen steht noch aus.» Vielmehr wurde in der Zwischenzeit bei der Steuerverwaltung der Rotstift angesetzt. Im Rahmen der sogenannten Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP), einem umfassenden kantonalen Sparprogramm, wurden bei der Steuerverwaltung zuletzt 21 Stellen gestrichen.

SP-Grossrätin Andrea Zryd reichte deshalb im Januar 2016 eine weitere Motion ein, welche die Forderung nach zusätzlichen Massnahmen gegen Steuerhinterziehung wieder aufnahm: «Das Postulat von 2013 wird schlicht nicht umgesetzt. Die Regierung macht, was sie will, und wir werden getröstet. Deshalb wollte ich durch die Motion einen verbindlichen Auftrag an die Regierung erwirken.» Doch die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat stellte sich quer, die Motion wurde mit 84 zu 54 Stimmen abgelehnt. Nun ist die Materie auf Eis gelegt, wie Zryd sagt: «Mit dem bürgerlichen Parlament kommen wir im Moment nicht durch, jetzt müssen wir uns auf die Regierung verlassen. Doch ganz ehrlich – da wird nichts passieren. Ich glaube aber, dass der Regierungsrat genau weiss, dass er das Thema Steuerhinterziehung angehen müsste.»

Aufgeschoben, nicht aufgehoben

Tatsächlich erklärt Beatrice Simon, Finanzdirektorin des Kantons Berns, dass das Postulat von 2013 noch nicht behandelt wurde, da ein geeignetes Gefäss fehle: «Der Vorstoss wurde im Rahmen der letzten Steuergesetzrevision 2016 bewusst noch nicht behandelt, weil im Rahmen dieser Revision noch keine steuerpolitischen Massnahmen beschlossen werden sollten. Der Regierungsrat hat deshalb im diesbezüglichen Vortrag darauf hingewiesen, dass dieser Vorstoss erst im Rahmen der nächsten Steuergesetzrevision (per 2019) behandelt werden soll.» Diese Revision soll Ende März in das öffentliche Vernehmlassungsverfahren gehen. Man darf also gespannt sein, ob die Massnahmen gegen Steuerhinterziehung in den kommenden Monaten ähnliche politische Unterstützung erhalten wie die Sozialinspektion. **text: rafael egloff, illustration: nico schmezer**



Prof. Dr. Michelle Beyeler (Dozentin BFH)

«Man sollte sich bewusst sein, dass zu viel Abschreckung auch Kosten mit sich bringen kann. Wenn Menschen, die Anrecht auf Sozialhilfe hätten, diese wegen der Stigmatisierung nicht oder erst viel zu spät in Anspruch nehmen, kann dies zu Folgeproblemen führen. Aus einer kurzfristigen finanziellen Notlage, die man mittels Sozialhilfe verhältnismässig einfach hätte überbrücken können, wird dann unter Umständen eine dauerhafte Notlage, die sich auf weitere Lebensbereiche wie Gesundheit, Wohnsituation etc. ausweitet. Die sozialarbeiterische Intervention, die nötig ist, um den betroffenen Menschen zu helfen, wieder auf eigenen Füissen zu stehen, ist dann viel komplizierter, langwieriger und auch kostspieliger.»



Andrea Zryd (Grossrätin SP)

«Die Frage, ob sich die Einführung der Sozialinspektion gelohnt hat, ist berechtigt. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass bestraft werden soll, wer bei der Sozialhilfe betrügt. Gleiches gilt aber auch bei den Steuern. Die Bürgerlichen schrien alle nach Sozialinspektion – bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung wollen sie nicht mithelfen. Das ist nicht ehrlich.»



Beatrice Simon (Regierungsrätin BDP)

«Sowohl Sozialhilfemissbrauch als auch Steuerhinterziehung entziehen dem Gemeinwesen unrechtmässig Mittel. Nun hat aber der Bundesgesetzgeber selbst eine rechtliche Unterscheidung bei den Straftatbeständen geschaffen: Den «Sozialhilfebetrug», bzw. den unrechtmässigen Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe qualifizierte er als Verbrechen, bzw. Vergehen, die Steuerhinterziehung «nur» als eine Übertretung. Dies wird zwar mitunter auch in Fachkreisen kritisiert, doch entspricht es dem derzeit geltenden Recht. Obwohl die Steuerhinterziehung lediglich als Übertretung qualifiziert wird, kann eine Verurteilung im Vergleich zu einem Vergehen, bzw. Verbrechen zu wesentlich höheren Bussen führen, da sich der Bussenbetrag an einem Faktor der hinterzogenen Steuer bemisst und im Vergleich zu den Übertretungen im StGB kein Höchstmass, bzw. keine Obergrenze kennt.»



Thomas Fuchs (Grossrat SVP)

«Die Sozialhilfebeziehenden beziehen letztendlich Gelder vom Staat. Klar kann man sagen, es kommt per Saldo auf das Gleiche heraus, wenn man dem Staat Steuern nicht abliefert. Aber dort hat der Staat bereits genug Möglichkeiten, Bürger zu kontrollieren, beispielsweise mit den Datenabgleichen, die gemacht werden. Wenn man die Sozialhilfebeziehenden nicht kontrolliert, besteht die Gefahr, dass noch mehr Leute probieren, an Gelder zu gelangen, die ihnen nicht zustehen.»

Kommentar

Verbrichst du noch oder übertrittst du schon?

Sowohl Sozialhilfemissbrauch als auch Steuerhinterziehung stellen eine Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit dar. Die gezielte mediale Skandalisierung einzelner Sozialhilfemissbrauchsfälle hat jedoch dazu geführt, dass die politische Bekämpfung der beiden Phänomene sehr unterschiedlich stark ausgestaltet ist. Dies zeigt auch die rechtliche Unterscheidung der beiden Straftatbestände: der Sozialhilfebetrug wird als Verbrechen, bzw. Vergehen, die Steuerhinterziehung als Übertretung qualifiziert. Im Rückblick lässt sich indes sehr genau nachvollziehen, wie durch die mediale Ausschlichtung und politische Bewirtschaftung einzelner Fälle, die erwiesenermassen in der Mehrheit nach Vorschrift verlaufen sind, eine Empörungslage geschaffen wurde, die der Sozialinspektion den Weg bereitet hat. Doch eigentlich handelt es sich beim Sozialhilfemissbrauch um ein Randphänomen: In der Stadt Bern lag die Missbrauchsquote im Jahr 2011 beispielsweise bei 3.5 Prozent, strafrechtlich relevant waren lediglich 0.6 Prozent der Fälle. Unter dem Stigma und der Verschärfung des Sozialhilferegimes leiden hingegen alle Sozialhilfeberechtigten und auch die Wirksamkeit der Sozialarbeit.

Steuerhinterziehung hingegen ist eine der wichtigsten finanzpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Eine Studie der Ökonomen Bruno S. Frey und Lars Feld geht von fast einem Viertel der Schweizer Brutto-Einkommen aus, die nicht versteuert werden. Die daraus resultierenden Steuerausfälle bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich. Dieser Betrag wird jährlich nach oben umverteilt, denn bei dieser «Übertretung» liegen die Delinquenten in der Regel nicht im unteren Bereich der Einkommensverteilung. Solange die bürgerlichen Parteien griffige Gegenmassnahmen ablehnen, müssen sie sich den Vorwurf der Klientelpolitik gefallen lassen. Und die ehrlichen Steuerzahlenden müssen weiterhin auf internationalen Druck hoffen, wie er schon bei der Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) nötig war. **text: dab, bilder: zvg**

«Zunächst hatte ich keinen exakten Plan.»

Als Benjamin Berger die Schweiz verliess, sagte er nicht, er gehe auf Reisen. Sondern, er gehe fort. Dabei ist es geblieben, der gebürtige Berner lebt seit zwei Jahren in Marokko. Von dort aus verkauft er reines Arganöl in die Schweiz.

Ein riesiger Parkplatz in Agadir, kurz nach dem Eindunkeln. Vier grosse Reiscars stehen nebeneinander, Stück für Stück nimmt der Fahrer Rollkoffer und Taschen aus dem Stauraum im Bauch des Cars. Ein lauer Wind heisst die Ankommenden in der marokkanischen Küstenstadt willkommen. «Sälü zäme», aus der Richtung des Busbahnhofgebäudes spaziert Benjamin Berger heran, hebt die Hand zum Gruss. Seine Statur fällt auf, er ist grösser gewachsen als die meisten Einheimischen. Benjamin, der meist Beni genannt wird, trägt ein weisses T-Shirt und eine schwarze Jogginghose – «so bequem wie möglich». Von Kleidervorschriften ist er in seinem Alltag weit entfernt. Er hat sich beruflich selbstständig gemacht, sein Arbeitsort ist zuhause an seinem Schreibtisch.

Benjamin wohnt in einem Wohnblock im Quartier Talborjt, nicht unmittelbar am Meer, dafür in leicht erhöhter Lage. Von seinem Wohnzimmerfenster aus ist hinter zahlreichen Dachtterrassen der blaue Schimmer des Atlantischen Ozeans zu sehen. Das Wohnzimmer ist zugleich Benjamins Arbeitsort. Auf dem grossen Schreibtisch steht sein Laptop, daneben liegen einzelne, lose Zettel mit kurzen Notizen. Besonders viel Licht dringt nicht in die Zweieinhalbzimmerwohnung. Der Platz in Küche, Bad und WC ist eher knapp. «Ich könnte luxuriöser leben, wenn ich wollte», sagt Beni. Ende

Februar landete er auf dem Boden der Realität, als im Haus während mehrerer Tage der Strom ausfiel. Benjamin musste Zwangsferien einlegen und als der Strom wieder floss, surfte er zunächst im Wireless-Netzwerk des Nachbarn. «Dafür wohne ich zentral, das Wichtigste befindet sich in Gehdistanz», relativiert er. Gleich um die Ecke befindet sich ein kleiner Einkaufskomplex mit Bistros im Innenhof. Beni kennt die Kellner, die dort arbeiten. Bei der Begrüssung erkundigen sie sich gegenseitig mindestens drei Mal nach dem eigenen Wohlbefinden und nach der Familie. «Es interessiert sie wirklich, ob es mir gut geht!», erklärt Beni schmunzelnd.

«Früher oder später kommt man hier ohnehin mit dem Öl in Kontakt.»

Der 29-jährige Berner hat in der marokkanischen Stadt mit rund 600'000 EinwohnerInnen eine Exportfirma gegründet. Sein Produkt: hochwertiges Arganöl,

welches in der Kosmetikbranche einen immer grösserwerdenden Stellenwert hat. Arganöl lässt sich ausschliesslich im Südwesten Marokkos gewinnen – der Arganbaum blüht sonst nirgends auf der Erde. Dank seinen Wurzeln, die bis zu 30 Meter tief in den Boden reichen, kann der Baum auch die längsten Trockenperioden überleben. «Früher oder später kommt man hier ohnehin mit dem Öl in Kontakt. Auf dem Souk, wie der Markt genannt wird, ist das Arganöl eines der wichtigsten Absatzgüter», erklärt Beni. Es garantiert in der Grossregion Souss-Massa, die dank den Arganbäumen übrigens als UNESCO-Biosphäreservat gilt, mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze.

Schon seit vielen Jahrhunderten ist die Region das Zuhause der BerberInnen, eines der Urvölker der Sahara. Das Arganöl ist ein wichtiger Bestandteil ihrer Geschichte und Kultur. Die traditionelle Herstellungsweise von Hand praktizieren sie noch heute und sie ist seit jeher Frauensache. Die Berberinnen lesen die reifen Früchte vom Boden auf, spalten sie mithilfe von zwei Steinen und lösen den Kern heraus. Anschliessend werden die Kerne in einer steinmühlenartigen Presse zu einer dicken Flüssigkeit verarbeitet. Erst durch das Kneten der Masse lösen die Berberinnen das Öl heraus. Rund 30 Kilogramm Kerne müssen sie gepresst werden, um einen Liter Arganöl zu gewinnen.

Kooperativen und Kleingrundbesitz

Röstet man die Kerne vor dem Pressen, wird daraus Speiseöl, welches in der marokkanischen Küche häufig eingesetzt wird. Die Berberinnen sind in Kooperativen organisiert, teilen sich Arbeitsinstrumente und Infrastruktur. Eine Kooperative erntet jeweils die Arganfrüchte eines Grundstücks. Vor Grossinvestoren sind die Berberinnen geschützt, die Erträge werden in der jeweiligen Kooperative aufgeteilt. «Es ist aus meiner Sicht unerlässlich, dass die Arbeitsplätze hier in der Region bleiben und nicht ausgelagert werden», stellt Beni klar. «In Marokko ist es allerdings nicht unüblich, ein Stück Land zu besitzen. Der Boden, wo die Arganbäume wachsen, ist deshalb auf viele Kleingrundbesitzer verteilt.»

Die Sprachmelodie, sie erinnert an einen Gesang, beherrscht Beni bereits einwandfrei.

Benjamins FreundInnen sind Leute wie die Kellner im Café oder der Marktverkäufer Houcine, bei dem er oft einkauft. «Man muss sich das ein wenig anders vorstellen als in der Schweiz. Die Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit ist hier fließend – das bedeutet, dass ich auf dem Markt eine Stunde mit Houcine plaudere, während er arbeitet», erläutert Beni. «Dagegen sind Treffen in der tatsächlich arbeitsfreien Zeit seltener.» Dank der guten Französischkenntnisse der meisten MarokkanerInnen ist die Verständigung für Benjamin kein Problem. Anfangs war es schwieriger, weil Beni «wirklich schlecht Französisch sprach», wie er zugibt. Inzwischen beherrscht er auch bruchstückartig Arabisch. Männer begrüsst er mit «Khoya», was so viel heisst wie Bruder. Und die Sprachmelodie, sie erinnert an einen Gesang, beherrscht Beni bereits einwandfrei.



Benjamin lässt sich von der Berberin das Rösten der Kerne erklären.

Probier's mal mit Gemütlichkeit

Seit zwei Jahren lebt Benjamin Berger in Agadir, rund 250 Kilometer südwestlich der Tourismusmetropole Marrakesch. Beliebt ist die Region bei TouristInnen aus Europa vorab wegen des Surfens, wenn es an den Mittelmeerstränden kalt ist. Das dafür besonders populäre Fischerdorf Taghazout liegt etwa 20 Autominuten nördlich von Agadir. Die Stadt selbst, zu der auch ein internationaler Flughafen mit Verbindungen nach Europa gehört, kommt im Vergleich weniger touristisch daher. Zwar bieten da Schmuckhändler

ihre Ketten und Armbänder an der weit ausgedehnten Strandpromenade feil. Der Tourismus ist auch in Agadir einer der wichtigen Wirtschaftszweige. Allerdings zerstörte ein heftiges Erdbeben im Jahr 1960 die meisten historischen Bauten – die Zahl der typischen Sehenswürdigkeiten aus Reiseführern hält sich deswegen in Grenzen. In den Strassen Agadirs scheint vor allem die dauerhaft ansässige Bevölkerung unterwegs zu sein. «Dementsprechend ist der Lebensstil in Agadir gemächlicher als in anderen, touristischeren Städten Marokkos. Man nimmt es gerne gemütlich», hält Beni fest.



«Nur langsam habe ich realisiert, dass ich auch mal bis morgen oder über-morgen warten kann. Inzwischen bin ich sehr froh um die lockere, unkompliziertere Einstellung der Menschen hier.»

Wahlmarokkaner Benjamin Berger, geboren und aufgewachsen in Bern.

Das behagt ihm, auch wenn die stressbefreite Attitüde der Menschen aus Agadir ihre Tücken hat. «Anfangs brauchte ich schon einige Zeit, um mich an die Gepflogenheiten zu gewöhnen. Oft regte ich mich auf, weil ein Kollege nicht zu einem Treffen erschien, oder eine Lieferung nicht pünktlich ankam. Nur langsam habe ich realisiert, dass ich auch mal bis morgen oder übermorgen warten kann. Inzwischen bin ich sehr froh um die lockere, unkompliziertere Einstellung der Menschen hier», erzählt Beni. Die meisten seien fröhliche, aufgestellte Leute. «Gerade Serviceangestellte beeindrucken mich. Sie arbeiten zwölf Stunden pro Tag, verdienen knapp genug oder gar zu wenig für die Existenzsicherung und trotzdem strahlen sie enorm viel positive Energie aus.»

«Sein» Arganöl bezieht Benjamin von einer Kooperative etwas ausserhalb der Stadt. Das Stück Land gehört seinem Freund Abderraham, kurz Abdo. Die beiden kennen sich ursprünglich von einer Wohnungsbesichtigung, mittlerweile ist Abdo nebst anderen Tätigkeiten Hauswart im Wohnblock, wo Beni lebt. «Abdo ist unheimlich zuverlässig und pünktlich,

fast schweizerischer als ich», gesteht Beni lachend. Enorm wertvoll für ihn ist ausserdem Abdos riesiges Netzwerk. «Er ist mein personifiziertes Google. Abdo kennt immer jemanden, der jemanden kennt, der die Antwort weiss.» Informationen zu Preisen oder Öffnungszeiten sind in Agadir via normaler Google-Suche oftmals auch eher schwierig zu finden.

Der Wandervogel

Schon im Kindesalter hatte Beni gemeinsam mit seiner Familie Länder auf verschiedenen Kontinenten besucht. «Dass ich mal längere Zeit woanders leben möchte, war mir immer klar». Im Februar 2014 war der Zeitpunkt gekommen. Zunächst besuchte er einen Freund in den USA, lebte und jobbte mehrere Monate in Miami. «Ich hatte keinen exakten Plan. Entscheidend war meine Kommunikation: Ich sagte, ich gehe fort. Hätte ich erzählt, ich gehe auf Reisen, hätte das bedeutet, dass ich irgendwann nach Hause zurückkehre.»

Zuhause war für Benjamin Berger seit der Geburt die Bundeshauptstadt Bern. Seine Kindheit hat er in Bern-

Bümpliz verbracht, später wohnte er in verschiedenen Quartieren der Stadt, bezeichnet sich als «klassisches Stadtkind». Nach abgeschlossener KV-Lehre arbeitete Beni in verschiedenen Büros und schaffte es bis ins Sekretariat der damaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Eine hervorragende Arbeitsstelle, aber letztlich nicht das, wonach Beni gesucht hatte. «Ich wollte mir möglichst lange möglichst alle Optionen offenhalten. Ich bin ein Mensch, der stets eine Vision braucht.» In der Schweiz sei allerdings gerade auf dem Ausbildungsweg vieles vorgeschrieben. Auszuscheren und eigene Ideen umzusetzen sei unheimlich schwierig, meint Beni. Er wollte einst eine Plattform für Reisende ins Leben rufen. Eine Sammlung von Unterkünften, Restaurants und Bars in aller Welt, die den Besuchenden das Leben der lokalen Bevölkerung möglichst nahe bringt. Der Kontakt zu Einheimischen beim Reisen hatte bereits zu seinen zentralen Interessen gehört bevor er seinen ständigen Wohnsitz nach Marokko verlegt hat. «TripAdvisor existierte damals noch nicht», erinnert sich Beni. Das Projekt scheiterte letztlich an fehlenden Investitionen, Beni konnte die Ausgaben

Die traditionelle Herstellungsweise von Hand praktizieren sie noch heute und sie ist seit jeher Frauensache.



Der traditionelle Herstellungsprozess des Arganöls: Die Frau rechts spaltet die Argannüsse, diejenige links presst die Kerne.

irgendwann nicht mehr stemmen, wollte keine weiteren Risiken eingehen. Doch er hat dabei viel gelernt und heute kommt ihm die Erfahrung zugute.

Via Tokio, wo ein Freund aus Beni Kindheit lebt, landete er schliesslich in Agadir. Zunächst war ein Besuch dreier Freunde geplant, aber wie bereits vor dem Abstecher in die Vereinigten Staaten definierte Benjamin kein Ende seines Aufenthalts. Bald entschloss er, sein eigenes Projekt vor Ort zu lancieren, und blieb.

Einen gewissen Anteil an Benis Entscheidung hat seine Grossmutter in der Schweiz. Sie hatte oft Schmerzen wegen ihrer brüchigen Haut, konnte in der Nacht kaum durchschlafen. Das änderte sich, nachdem Beni ihr ein Fläschchen Arganöl aus Marokko mitgebracht hatte. Seit nunmehr vier Monaten ist der Onlineshop «The Argan Line» in Betrieb. Benjamin hat den Vertrieb zunächst auf die Schweiz beschränkt, die Fläschchen gelangen via FedEx nach Bern zu seinem Bruder, der den Versand innerhalb der Schweiz steuert. «Ich muss vorsichtig bleiben, darf nicht zu viel wollen», sagt Beni. Bislang unterhält er mit einzelnen Beautystudios in der Re-

gion Bern Partnerschaften, versucht den Bekanntheitsgrad seines Unternehmens aber ständig zu steigern. Absprachen und Verhandlungen per E-Mail gehören derzeit zu Benjamins Haupttätigkeiten.

«Instagram ist das Tor zum Weltmarkt»

Noch bevor Beni ins Exportgeschäft einstieg, hatte er, unabhängig vom Vertrieb des Arganöls, auf Instagram einen Beautyblog ins Leben gerufen. Täglich verbrachte er Stunden damit, Fotos anderer zu liken, zu kommentieren und auf seinem Blog zu posten. «Die ersten tausend Follower zu gewinnen, war harte Arbeit», erinnert er sich. Inzwischen erübrigt sich der Aufwand, die Akquisition von neuem Anhang ist zur Selbstläuferin geworden. Beni hat sich gar Wachstumsprognosen erstellen lassen: Bis Ende 2017 will er die Viertelmillion-Marke überschreiten. «Instagram sehe ich als Tor zum Weltmarkt», erklärt er, «irgendwann lässt sich mein Beautyblog hoffentlich mit dem Arganöl kombinieren». Den Fokus will der Jungunternehmer auf die Reinheit des Arganöls legen. Die Grosskonzerne der Branche

wie «L'Oreal» und «Garnier» haben das Potenzial in Arganöl-Zusätzen (etwa zu Body Lotions) entdeckt. «Dabei sollte Arganöl als etwas Eigenständiges gelten», beklagt Beni, «ich setze mich für eine Bewegung zurück zum reinen Arganöl ein».

Mehrmals pro Jahr kehrt Benjamin Berger auch in die Schweiz zurück, um Familie und FreundInnen zu besuchen. Die Schweiz sehe er inzwischen mit den Augen eines Touristen. «Vor dem Panorama der Alpen bleibe ich stehen und schiesse Fotos», erzählt er lachend. Und gesteht, dass es schon einzelne Produkte aus Schweizer Läden gebe, die ihm in Agadir fehlen. «Einen feinen Greyerzerkäse zum Beispiel. Oder Linzertorte.» Umso mehr schätzt er es, wenn Gäste aus der Schweiz etwas davon mitbringen. Der Auswanderer hat sich aber längst an die marokkanische Küche und das Leben in Agadir gewöhnt. Ein erneuter Tapetenwechsel steht zurzeit ausser Frage, aber bekanntlich kann sich die Situation schnell ändern. Die Wohnung im Talborjt-Quartier von Agadir mietet Beni möbliert. Sein Hab und Gut passt in wenige Tragtaschen. **text: lukas siegfried; bilder: kim pham**

studizytig – la fête

Vor einem Jahr, fünf Monaten und ein paar Tagen landete die bärner studizytig das erste Mal in den Briefkästen. Das ist zwar kein wirkliches Jubiläum, aber dennoch Grund genug, eine ooordentliche Feier einzuberufen. Deshalb laden wir erneut zum grossen Rambazamba ins ISC. Nichts und niemand soll von der unheiligen Wagenladung schweisstreibender Musik – von Reggae über Hip-Hop, glitzerndem Disco bis zu treibendem Techno – verschont bleiben.



Breakout

(Hip-Hop/Rap)

Das Genre von Breakout auf Hip-Hop/Rap einzugrenzen, ist eher ein Kompromiss als Tatsache. Im Musikstil der Fünfergruppe sind Reggae-Einflüsse zu erkennen, poppige Aspekte zu finden, funky stuff zu hören, während sich der Rhythmus und ihr Publikum zu *música tropical* bewegen. Ihr Stil baut aber auf Rap-Elemente – spezifischer auf *rap français*. Eines lässt sich festhalten: Ihre solide fanbase weiss, was sie spielen. Wer sich also schwer etwas vorstellen kann, hört sich Breakout am besten selbst an.



Nappy Paco with live band

(Dancehall/Reggae)

Ein altbekannter Gast beehrt uns wieder, der Obervater Nappy Paco wird erneut für gute Stimmung zuständig sein. Natürlich beehrt er uns nicht alleine, im Schlepptau hat er diesmal eine grandiose Live-Band und guten Reggae-Sound. Bring them vibes, Nappy!



Aware Generation 777

(Hip-Hop)

Das neuformierte Rap-Kollektiv aus legendary Biel/Bienne bringt feinsten Hip-Hop zurück auf die Landkarte. Die Aware Generation MC's G-Mello, Scholar X, Sa-Ves, Mo'King und K.I.Dope machen auf ihrer Chapter 1-Tour auch im ISC halt und werden mit messerscharfen lines, wuchtigen beats die Menge toben lassen. Wir sind gespannt wie 1 Pfeilbogen!



Jean-Claude

(Disco/Live-Sax)

Die glamouröse Ein-Mann-Kapelle Jean-Claude fabriziert faszinierend technoiden Disco-Pop, der selbst verrostete, im Boden verwurzelte und arthritische Gliedmassen in Bewegung versetzt. Mit seinem Saxophon, einem Synthesizer und viel Glitzer bringt Jean-Claude jeden Schuppen zum Kochen. Fancy Leggings nicht vergessen!



Noé Weigl

(Techno/House/Minimal)

Ein Jungspund, dessen Energie ihresgleichen sucht: Lokalmatador Noé Weigl verzaubert mittlerweile seit Jahren die verruchten Keller Berns. Als fester Bestandteil des familiären Label-Kollektivs Deins&Meins gehört er schon fast zum fixen Inventar, wenn es darum geht, elektronische Musik Taten sprechen zu lassen. Auf der Suche nach dem perfekten Groove kreuzen sich dumpfe Bässe mit verspielten Melodien. Wär's Essen, wären's Austern.



Digital Tina

(Techno)

Tina Kohler ist ein frühes Kind elektronischer Musik. Seit den 90er Jahren vertont die Bernerin Gefühle und Gedanken, schwankend zwischen harten und weichen Stimmungen. Die vielseitige Künstlerin ist regelmässig für technoide Höhenflüge am Barometer im Frauenraum zuständig. Wir freuen uns, dass Digital Tina auch bei uns als menschgewordener Herzschlag wuchtige Klänge durch den Raum schallen lässt.

studizytig - la fête

ISC Club
Türöffnung 21:30
Beginn: 22:00
15.- (VVK) / 17.- (Abendkasse)
www.petzitickets.ch
www.isc-club.ch

Der Pillenpass!

Mit dem Pillenpass der TopPharm Länggass Apotheke jeden 10. Monat geschenkt!

Verhütung zu erschwinglichen Preisen:
Frag uns nach Generika = gleicher Wirkstoff,
gleiche Wirkung, günstigerer Preis.



toppharm
Länggass Apotheke

Länggassstrasse 28, Telefon 031 301 23 22
laenggass.apotheke@bluewin.ch
www.apotheke.ch/laenggass

Dein Gesundheits-Coach.

Schweigen ist Gold

Die Beziehungen und Geldflüsse im Asylwesen sind kompliziert. Wenig hilfreich ist, dass sämtliche Akteure mit Informationen geizen. Mittendrin sitzt die ORS Service AG, eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft, die mit der Betreuung von Asylsuchenden Gewinn erwirtschaftet. Ein Versuch, die Verstrickungen zu lösen.

Die Zahl der Asylgesuche ist in der Schweiz derzeit stark rückläufig. 2016 wurden 27'207 Gesuche eingereicht, das entspricht einem Rückgang von über 30% gegenüber dem Vorjahr. Zu diesem Schluss kommt das Staatssekretariat für Migration (SEM) in der Ende Januar veröffentlichten Asylstatistik. Zurückzuführen seien die sinkenden Zahlen in erster Linie auf die Schliessung der Balkanroute im März 2016. Nicht nur für Flüchtlinge bedeutet dies ein Problem. Dass weniger Menschen in die Schweiz kommen, dürfte auch bei der ORS Service AG für Unruhe sorgen. Die Aktiengesellschaft betreut für Bund und Kantone insgesamt 49 Durchgangszentren für Asylsuchende und profitiert finanziell von hohen Gesuchzahlen.

Ein Problem mit der Transparenz

Im Kanton Bern schossen ORS-Durchgangszentren in den letzten Jahren aus dem Boden wie Starbucks-Filialen. 2012 eröffnete das erste Durchgangszentrum, heute gibt es bereits sechs, in denen laut Amt für Migration und Personenstand

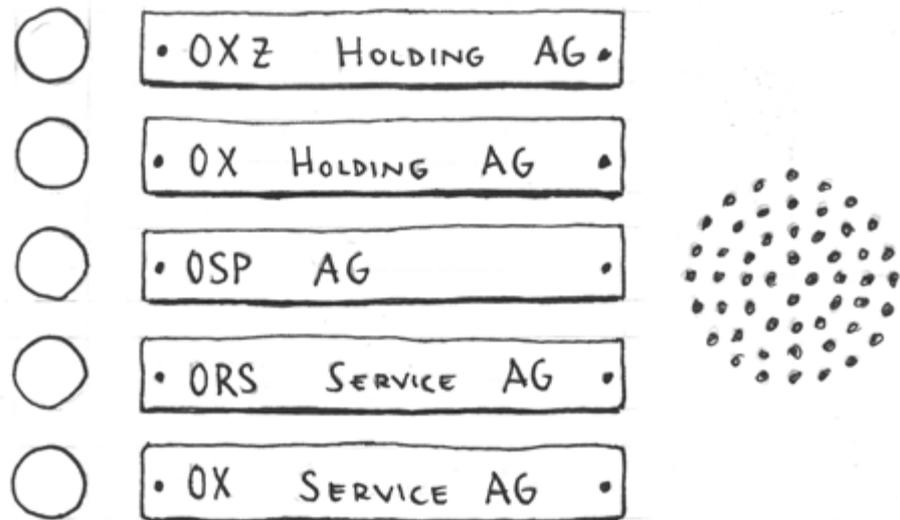
(MIP) 257 Personen einquartiert sind. Die ORS übernimmt mit der Betreuung von Asylsuchenden eine Aufgabe, mit der eigentlich der Bund betraut wäre. Mittels Betreuungsaufträgen lagert der Staat die Kompetenz aus. Das kostet ihn 49 CHF pro asylsuchender Person, die das SEM täglich an den Kanton auszahlt. Dieser wiederum bezahlt damit verschiedene Asylsozialhilfestellen (ASH), unter anderem die ORS.

Und mit der ist man im Kanton Bern zufrieden. Schon 2012 hatte der Berner Regierungsrat die ORS als wichtige Partnerin bei der Unterbringung von Asylsuchenden bezeichnet und deren «rasches und unbürokratisches» Handeln gelobt, obwohl die ORS bereits damals vermehrt negativ in Erscheinung getreten war. Beispielweise als die Wochenzeitung (WOZ) 2011 aufgrund einer internen Betriebsabrechnung aufdeckte, dass die ORS im Durchgangszentrum Weiach im Kanton Zürich zu hohe Unterbringungskosten verrechnete. Demnach gab die ORS monatliche Kosten von 7000 CHF für die Unterbringung von zehn Asylsuchenden an, obwohl sie das heruntergekommene

Bauernhaus, in dem die Asylsuchenden einquartiert waren, für lediglich 1500 CHF mietete. Bereicherte sich die ORS an öffentlichen Geldern, die eigentlich für Asylsuchende bestimmt waren?

Grund genug, die Abrechnungen der Berner Durchgangszentren genauer unter die Lupe zu nehmen. Doch weder von Seite des Kantons noch von Seite der ORS ist man bereit, solche Abrechnungen öffentlich zu machen. In den Durchgangszentren reagiert man stets abweisend: Man spreche grundsätzlich nicht mit den Medien, das sei Sache des Unternehmenssitzes in Zürich. Von dort aus lässt die Gesellschaft verlauten, die ORS sei eine nicht-börsenkotierte Gesellschaft und folge den entsprechenden Offenlegungspflichten gemäss Obligationenrecht. Auch die Gemeinden sind wenig auskunftswillig. Die Gemeinde Moosseedorf gibt zwar an, dass der Kanton die Unterkunft stellvertretend für die ORS miete. Über die Höhe des Mietzinses oder die Anzahl der untergebrachten Personen wolle man aber keine Angaben machen, schliesslich handle es sich um einen privaten Vertrag.

RÖSCHIBACHSTRASSE 22 8037 ZÜRICH



Ungenügende Kontrolle

Einen Missstand wie 2011 in Weiach scheint man beim MIP jedenfalls nicht zu befürchten. Die Verwendung der Kantonsbeiträge sowie die Qualität und Wirksamkeit der Aufgabenerfüllung im Asylbereich würden durch den Kanton oder ein von ihm beauftragten Wirtschaftsprüfungsunternehmen überprüft, beschwichtigt Markus Aeschlimann, Geschäftsführer des Amtes für Migration und Personenstand, und verweist auf die Asylsozialhilfeweisung des Kantons Bern. Diese sieht vor, dass der Kanton auch ausserhalb der Bürozeiten unangekündigte Kontrollen in den Kollektivunterkünften durchführen kann. Die Asylsozialhilfestellen müssen den Zugang jederzeit gewähren. Ausserdem müssen die ASH ihren Finanzhaushalt gemäss den spezialgesetzlichen Bestimmungen des Staatsbeitragsgesetzes und des Subventionsgesetzes führen. Wie oft Kontrollen durchgeführt werden und welche Erfahrungen man in diesem Zusammenhang mit der ORS gemacht hat, darüber will man hingegen keine Auskunft geben. Stattdessen verweist das MIP wiederholt auf die Asylsozialhilfeweisung.

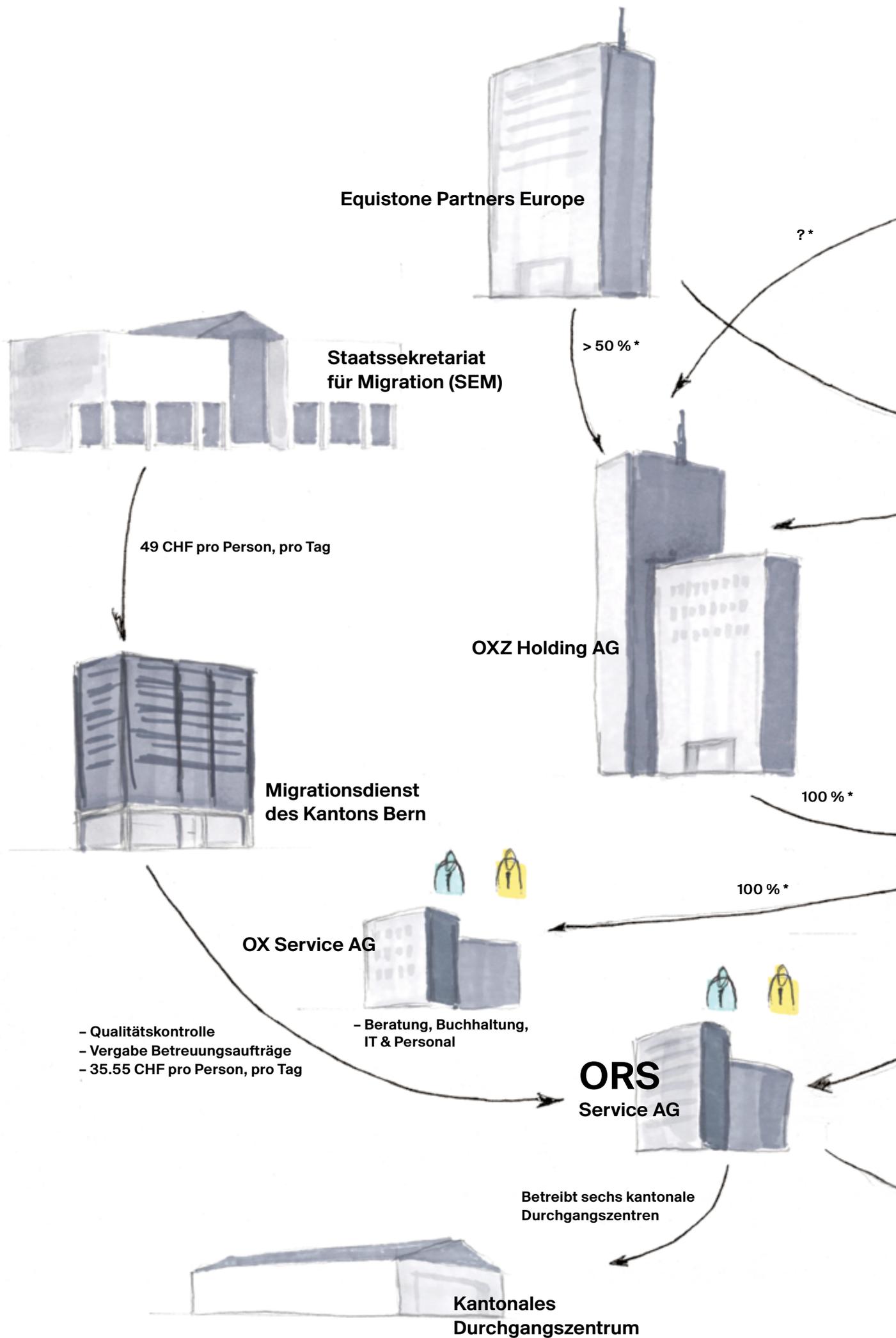
Fakt ist, dass die Kontrolle des Kantons schon einmal eindrucksvoll versagte. 2014 veröffentlichte die Organisation «Menschlicher Umgang mit Flüchtlingen» ein Video, das die prekären Zustände im Berner Durchgangszentrum Hochfeld aufzeigte. Zu sehen waren Abwasserlecks, stark verschmutzte Sanitäreanlagen sowie schwer deutbare schwarze Flecken an den Wänden, die ebenso Schimmel wie Ungeziefer hätten sein können. Zudem hatten sich in der Unterkunft Bettwanzen eingestet. Eine Einschätzung, die der Kanton bis heute nicht teilt. Der Berner Regierungsrat war der Meinung, die Räumlichkeiten seien «in einem hygienisch einwandfreien und sauberen Zustand» – den Bildern aus dem Video zum Trotz. Gleichwohl schloss der Gemeinderat im Mai 2016, bereits vier Jahre nach der Eröffnung, den umstrittenen Asylbunker.

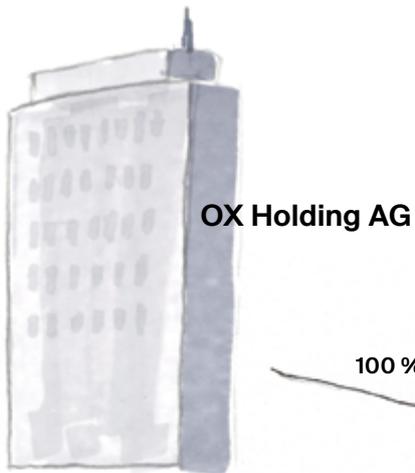
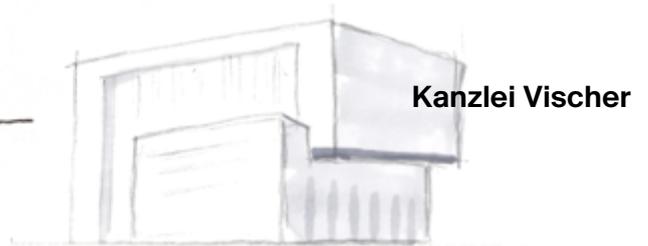
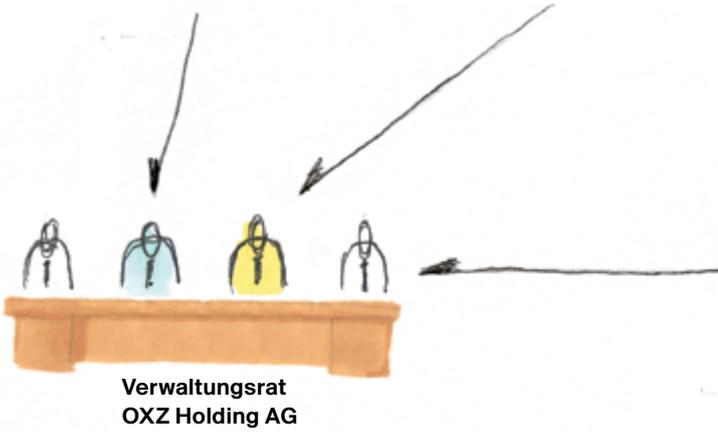
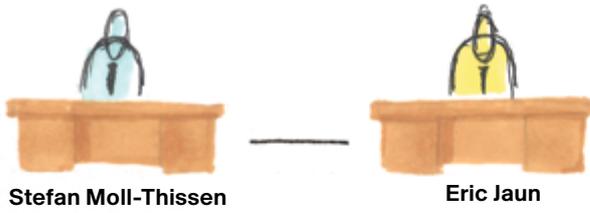
Ein Konzern an der Röschibachstrasse 22

Die ORS ist keine Wohltätigkeitsorganisation, sondern ein gewinnorientierter Akteur der Privatwirtschaft. Sie ist ihren Aktionären und Aktionärinnen

Das Epizentrum des privaten schweizer Asylwesen liegt über einer Coop-Filiale in einem grauen Plattenbau im Stadtzürcher Kreis 10.

verpflichtet. Das Recht auf Beteiligung am Gewinn der Gesellschaft mittels Dividende stellt den Angelpunkt der Aktiengesellschaft dar. Und so standen die Skandale, die wie treue Wegbegleiter an der umstrittenen ORS kleben, im Zeichen der Profitorientiertheit. Denn was die ORS an öffent-





100%*



100%*



2015 resultierte bei der ORS ein Umsatz von 85 Millionen.

lichen Geldern bei der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden einspart, fließt in die Gesellschaftskasse. Sei das durch Einsparungen bei den Wohnkosten (Weiach) oder bei der Hygiene (Hochfeld). 2015 resultierte bei der ORS ein Umsatz von 85 Millionen. Wie viel sie davon als Gewinn einstreicht und wie viel davon sie an ihre Aktionäre ausbezahlt, ist unklar.

Dieser fahle Geschmack der Privatwirtschaft lässt sich auch mit Blick auf die mehrschichtige Konzernstruktur, in welche die ORS eingegliedert ist, nicht übertünchen (siehe Grafik). Die ORS besitzt eine Tochter- und zwei Schwestergesellschaften. In der Hierarchie darüber befinden sich zwei Holdinggesellschaften, also Gesellschaften, deren Hauptzweck es ist, andere Gesellschaften mittels Aktienmehrheit zu beherrschen. Sie tragen die kryptischen Namen OX Holding AG und OXZ Holding AG. Üblicherweise werden Holdinggesellschaften aus Steuergründen geschaffen, denn sie erlauben es, die Gewinne der untergeordneten Gesellschaften privilegiert zu versteuern.

Die Holdings befinden sich in den Händen Stefan Moll-Thissens, Direktor der ORS, Eric Jauns, ehemaliger Direktor der ORS, und der Londoner Beteiligungsgesellschaft Equistone Partners Europe. Bei der Gründung der OXZ Holding war auch die renommierte Anwaltskanzlei Vischer aus Zürich beteiligt. Sie stellt deshalb mit dem Anwalt Dr. Jürg Luginbühl einen der vier Verwaltungsratssitze der OXZ Holding. Die anderen werden von Jaun, Moll-Thissen und einem Abgesandten der Equistone besetzt.

Alle Gesellschaften des Konglomerats unterstehen der Führung von Moll-Thissen und Jaun. Sie sind in jedem Verwaltungsrat vertreten, oft leiten sie ihn sogar alleine. Weder über Moll-Thissen noch über Jaun ist viel bekannt. Moll-Thissen ist Familienvater und wohnt zusammen mit seiner Frau in der steuergünstigen Gemeinde Stallikon im Kanton Zürich. Zuvor hat er laut der «ZEIT» an der HSG studiert. Jaun ist seit 2011 pensioniert und wohnt knapp 40 Kilometer von Moll-Thissen entfernt im noch steuergünstigeren Freienbach im Kanton Schwyz. Doch nicht

schauspiel

DER BESUCH DER ALTEN DAME

Friedrich Dürrenmatt
Ab 03. März 2017, Stadttheater

**FÜR
15,- CHF INS
THEATER***

**KONZERT
THEATER
BERN**

*An der Vorstellungskasse erhalten Sie mit Ihrer Joker Card jeden noch freien Platz für nur CHF 15,-! Gegen Vorlage eines gültigen Ausbildungsausweises, bis zum 30. Lebensjahr. Mehr Infos unter www.konzerttheaterbern.ch

« (...) des Unwohlseins des Staates, weil er für die Unterbringung von Asylsuchenden keine bessere Lösung anbieten kann, als eine private Aktiengesellschaft in den Händen von zwei Unternehmern und einer Londoner Beteiligungsgesellschaft.»

nur die Namen Moll-Thissen und Jaun verbinden die Firmenkaskade. Auch der Sitz der Unternehmen ist stets derselbe – die Röschibachstrasse 22. Das Epizentrum des privaten Schweizer Asylwesens liegt über einer Coop-Filiale in einem grauen Plattenbau im Stadtzürcher Kreis 10.

Ebenso wie die Geschäftszahlen der ORS lassen sich auch ihre Gesellschaftsverhältnisse nur schwer recherchieren. Das ist zwar kein Skandal, aber es ist zumindest beunruhigend. Eleonora Heim von der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht bemängelt die Intransparenz der ORS: «Diese fehlende Transparenz ist absolut stossend.» Auch nach mehrmaligem Nachfragen würden keine Zahlen an die Öffentlichkeit gebracht, schreibt Heim. Die Menschenrechtsorganisation «augenauf» schreibt auf Anfrage der studizytig, es könne wohl davon ausgegangen werden, dass die ORS um ihren Profit bange, wenn die Öffentlichkeit erfahre, mit welchen Methoden wieviel Gewinn auf dem Buckel von Flüchtlingen generiert wird.

Teil des globalen Marktes

Vielleicht ist das konsequente Schweigen aller Seiten aber auch ein subtiler Ausdruck von Schuldbewusstsein – des Unwohlseins des Staates, weil er für die Unterbringung von Asylsuchenden keine bessere Lösung anbieten kann, als eine private Aktiengesellschaft in den Händen von zwei Unternehmern und einer Londoner Beteiligungsgesellschaft, und der Gewissensbisse der ORS, die sich der Absurdität ihres Geschäftsmodells zumindest teilweise bewusst ist und deshalb den Kontakt mit der Öffentlichkeit um jeden Preis zu

vermeiden sucht. Durch die ORS und deren Konzernmutter, Equistone, ist das Schweizer Asylwesen unlängst Teil des globalen Marktes geworden. Es wird investiert, gekauft und verkauft. Gemäss der WOZ ist sogar eine Schweizer Pensionskasse an Equistone und damit am Gewinn der ORS beteiligt. Indem die ORS ihre finanziellen Aufwendungen auf Kosten der Asylsuchenden minimiert und damit den eigenen Gewinn erhöht, finanziert sie Schweizer Rentnerinnen und Rentnern den Lebensabend.

Nicht-profitorientierte Organisationen seien deshalb unbedingt bevorzugt mit der Betreuung von Asylsuchenden zu beauftragen, findet «augenauf», ansonsten würden Durchgangszentren plötzlich noch an der Börse gehandelt. Mit Blick auf die Beteiligung von Equistone an der ORS scheint diese Möglichkeit zumindest denkbar. Auch Eleonora Heim ist skeptisch: «Aus unserer Sicht ist es fraglich, ob eine externe Firma, die primär wirtschaftliche Interessen verfolgt, den Rechten und Bedürfnissen der Asylsuchenden genügend Rechnung tragen kann und will.» Man werde deshalb weiterhin fordern, dass Schweizer Hilfswerke bei Bewerbungen um die Betreuung von Asylzentren priorisiert würden, so Heim.

Anders sieht das der Kanton. In einer Stellungnahme gegenüber dem Grossen Rat hielt der Regierungsrat 2012 fest, dass es für die Vergabe der Betreuungsmandate keine entscheidende Rolle spiele, welche Organisationsform die betreuende Gesellschaft habe. Demnach wird eine gemeinnützige Stiftung wie die Heilsarmee gleichbehandelt wie die ORS, eine Aktiengesellschaft, deren oberstes Ziel die Erwirtschaftung von Gewinn ist.

Die Profitorientiertheit der Aktiengesellschaft ist so integral mit ihrem Charakter verknüpft, dass sie nur mit der Zustimmung aller Aktionärinnen und Aktionären aufgehoben werden kann. So steht es im Gesetz.

Spardruck nimmt zu

Die Anzahl neuer Asylgesuche wird auch 2017 sinken, davon geht das SEM aus. Prognostiziert sind 24'500 Gesuche, was einem Rückgang von rund 10% gegenüber 2016 entspräche. In Zürich konnten innerhalb des letzten Jahres die Zentren Zürich-Witikon und Zürich-Altstetten geschlossen werden, in Basel schloss jüngst die Zivilschutzanlage St. Jakob. Auch der Kanton Bern wird aktiv: Er schliesst im April die Notunterkunft Eyfeld in Ittigen. Sie wird von der ORS geführt.

Die letzten Jahre waren fett, das lässt sich an der Expansion der ORS im Kanton Bern ablesen. Seit 2012 grast die Gesellschaft auf den Wiesen des Kantons, doch es drohen trockenere Zeiten. Gleichlaufend mit der sinkenden Gesuchzahl sinkt die Nachfrage nach den Dienstleistungen der ORS. Was tut ein Betrieb, dessen Markt schrumpft? Die ORS könnte das Betreuungsverhältnis verändern, indem sie Personal entlässt, sie könnte bei der Hygiene, der Gesundheitsversorgung oder bei der Verpflegung sparen. Fest steht, dass die Asylsuchenden es spüren werden. **text: yannic schmezer, rafael egloff, luca hubschmied, rahel schaad; illustrationen: moritz koller**



«Ich schreibe Dialoge, weil ich den Dialog will.»

Die Schriftstellerin, Bühnenautorin und Regisseurin Laura de Weck über die Vorteile der direkten Demokratie, Selbstzweifel und den Zusammenhalt in der Schweizer Literaturszene.
Das Interview mit der Wahl-Hamburgerin wurde schriftlich geführt.

«Während des Studiums hat man diese Studenten-Arroganz. Man glaubt, vieles durchschaut zu haben und alles erreichen zu können.»

Max Frisch war einer der grössten Schweizer Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. In hundert Jahren könnte rückblickend dasselbe von Ihnen im 21. Jahrhundert behauptet werden. Wie sehr freuen Sie sich?

Echt? Oder verwechseln Sie mich mit Lukas Bärfuss? Klar würde mich das sehr freuen. Max Frisch hat mich zum Theater verführt. Ich musste über ihn einen Strafaufsatz schreiben, weil ich zu spät zum Deutschunterricht gekommen war. Der Strafaufsatz war mein erstes Dramolett.

Das Migros-Magazin präsentiert Sie, Hazel Brugger und Katja Brunner als Speerspitze der literarischen Zukunft der Schweiz. Dann müssen Sie wohl auch gute Freundinnen sein?

Leider bin ich Hazel Brugger und Katja Brunner nie begegnet. Unsere Wege haben sich einfach noch nicht gekreuzt. Vielleicht, weil ich in Hamburg lebe. Vermutlich aber eher, weil Autorin-Sein ein einsamer Beruf ist. Man schreibt alleine und tritt alleine auf.

Dann ist der Umgang in der Literaturszene nicht so familiär?

Wie gesagt, wir kommen einfach zu selten zusammen. Aber ehrlich gesagt, fühle ich mich gar nicht als Literatin. Ich mache Theater und dort halte ich mich auch am meisten auf. Ich schreibe Dialoge, weil ich den Dialog will. Es gibt nichts Schöneres als mit Menschen zu diskutieren, zu quatschen. Das Theater ist ein sehr guter Ort dafür.

Wie steht es um den Konkurrenzkampf in der Szene?

Die Konkurrenz empfinde ich nicht so sehr gegenüber einzelnen Personen, sondern eher gegenüber der Masse. Wenn ich zum Beispiel Theaterförderung oder Drehbuchförderung beantrage und merke, okay, diese Förderung wollen jetzt auch hunderte andere begabte Künstler. Die Zahlen wachsen jedes Jahr. Das erhöht natürlich den Druck.

Wie äussert sich dieser Druck in Ihrem Alltag?

Ich kriege eine Krise, denke mein Antrag ist chancenlos, finde alles furchtbar, was ich gerade schreibe. Gestern war das zum Beispiel so. Dann habe ich die ganze Nacht nicht geschlafen, weil

ich im Kopf eine Szene durchgegangen bin. Heute Morgen war sie dann wieder richtig gut.

War Ihnen während des Studiums bewusst, dass Ihre Zukunft so aussehen wird?

Während des Studiums hat man diese Studenten-Arroganz. Man glaubt, vieles durchschaut zu haben und alles erreichen zu können. Nach dem Studium – ich habe Schauspiel studiert – wird man ganz schnell wieder nüchtern. Aber mir war von Anfang an klar, dass ich viel arbeiten muss, um gut zu sein.

«Mich interessiert, welche Konsequenzen politische Entscheide auf unser Privatleben haben.»

Was schätzen Sie war für Ihren Durchbruch wichtiger: Glück oder harte Arbeit?

Es gab einen Abend, da war ich 25 und wurde mit meinem ersten Theaterstück zu einem Autorenforum in Frankfurt eingeladen. Mein Stück wurde einem Fachpublikum gezeigt und in diesem Publikum

«Es gibt nichts Schöneres als mit Menschen zu diskutieren, zu quatschen. Das Theater ist ein sehr guter Ort dafür.»



sass mein zukünftiger Theaterverleger von Rowohlt, mein späterer Schauspielchef vom Hamburger Schauspielhaus und die Intendantin des Nationaltheater Mannheims, die das Stück uraufführte. Ich war zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Es war ein riesen Glück. Aber ich hatte an diesem Stück auch verdammt lange gearbeitet.

Wie lange ist denn verdammt lange?

Vom ersten Gedanken zum fertigen Stück sind drei Jahre vergangen.

Wie viel Zeit benötigen Sie normalerweise, um ein Stück zu schreiben?

Es gibt Kollegen von mir, die machen es umgekehrt, die schreiben drei Stücke im Jahr. Aber ich bin eine langsame Schreiberin. Ich kann pro Jahr höchstens an einem grösseren Projekt arbeiten. Daneben geniesse ich es aber auch, kurze Dialoge zu verfassen, zum Beispiel meine Kolumnen für den Tages-Anzeiger und den Bund. Das ist ein ganz anderes Arbeiten. Da bleibt nicht viel Zeit für Kunst.

Können Sie sich in Ihrem Schaffen frei ausleben?

Im Moment sehr. Ich arbeite an eigenen Produktionen und muss mich nur meinen eigenen Zweifeln stellen. Aber wie lange wird dieses Glück anhalten...

Gibt es keinen Publikationsdruck von Seiten des Verlags?

Nein, das habe ich nie erlebt. Den Druck machen wir Autoren uns schon selbst. Ein Problem aber ist der Uraufführungsdruck an den Theatern. Die Bühnen wollen immer brandneue Texte, weil sie damit mehr Aufmerksamkeit von der überregionalen Presse bekommen. Das hat zur Folge, dass die Theaterautoren wie blöd produzieren und die Qualität leidet.

Welche gesellschaftlichen oder politischen Themen sind Ihnen wichtig und wie sollten diese öffentlich thematisiert werden?

Im Moment beschäftige ich mich mit Volksentscheiden und der direkten Demokratie. Mit meiner Performance DIREKT DEMOKRATISCH LOVE trete ich Anfang April in der Kaserne Basel und

der Gessnerallee Zürich auf. Mich interessiert, welche Konsequenzen politische Entscheide auf unser Privatleben haben. In der Schweiz tragen wir diese Entscheide sogar mit, also sollten wir möglichst an unterschiedlichsten Orten über die Abstimmungsthemen diskutieren. Zum Beispiel am Theater.

«Die Bühnen wollen immer brandneue Texte.»

Sie verpacken häufig subtile politische Botschaften in der alltäglichen Form des Dialogs. Wieso?

Weil die Politik unsere Alltagsdialoge beeinflusst. Im Moment ist es besonders krass. Alle reden jetzt über Trump. Und weil wir über Trump reden, reden wir auch über Lügen, Mauern und Frauenbilder. Und weil wir über Frauenbilder reden, verändern sich plötzlich die Gesprächs-



«Ich will unserer
Demokratie die Liebe
erklären, aber
blind vor Liebe bin
ich nicht.»

themen mit dem Partner oder der besten Freundin. Gesetze, Rechte und politische Systeme sind massgebend für die Form, wie wir leben und worüber wir uns unterhalten.

Sie haben sich vor der Abstimmung mit einem Kurzfilm zur Masseneinwanderungsinitiative klar dagegen positioniert. Was halten sie heute von der geplanten politischen Umsetzung?

Die Personenfreizügigkeit bringt uns allen mehr Freiheit und überwiegend Vorteile. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb die SVP selbst kein Konzept zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorgelegt hat. Mit dem Beschluss des Parlaments kann ich total gut leben und wer etwas gegen die neue Gesetzgebung hat, kann wiederum ein Referendum ergreifen. Genau das finde ich so toll an unserem direktdemokratischen System: Das Volk hat das letzte Wort. Aber da weder das Volk noch die Volkspartei in diesem Zusammenhang nochmals das Wort ergriffen hat, nehme ich an, die Mehrheit ist zufrieden mit der Umsetzung der MEI.

Zurück zu Ihren Freundinnen: Was wollen Sie Hazel Brugger, als jüngster in ihrem Trio, als Karrieretipps mit auf den Weg geben?

Hazel Brugger weiss schon genau, was sie tut. Und das ist tatsächlich das Wichtigste: Hör nie auf «warum» zu fragen. Warum schreibe ich das? Warum jetzt? Warum so?

Warum performen Sie denn genau jetzt DIREKT DEMOKRATISCH LOVE?

Weltweit werden gerade Volksentscheide in Frage gestellt, weil sie krasse Auswirkungen haben wie zum Beispiel der Brexit oder die amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Auch wenn mich diese Volksentscheide sehr unglücklich gemacht haben, glaube ich, dass es nicht weniger, sondern mehr direkte Demokratie braucht. Ich performe diesen Abend, weil ich unserer Demokratie meine Liebe erklären will, aber ganz blind vor Liebe bin ich nicht. Die direkte Demokratie braucht jetzt Reformen! **text: eveline huber, mathias streit, saare yosief; bilder: zvg janine guldener**

Amy (23) aus Bolligen fragt:

Warum reden so viele Leute so viel und so wenige so wenig?

Liebe Amy,
nun, die ewige Rederei ist so eine Sache, die man den Menschen nur sehr schwer austreiben kann. Die Tatsache, dass die Menschen den lieben langen Tag reden, ist ja erst mal nicht unbedingt negativ. Vorausgesetzt sie *sagen* dabei auch etwas, verleihen einem Gedanken Ausdruck. Dass man sich darauf aber nicht unbedingt verlassen kann, ist eine sehr zahme Untertreibung. Allzuoft mag einen der Eindruck überkommen, dass ein Grossteil der Mitmenschen das Geschenk der Sprache hauptsächlich dazu verwendet, die Luft mit ihrem Ersprochenen aufzuwärmen, bevor sie diese dann einem ausgewiesenen Experten für spontane Postnihilismus und Schnabelpflege wegatmen. Denn ich als Experte rede nicht – ich erkläre, bin besorgt, schlage Alarm und warne. Als solcher hatte ich kürzlich die zweifelhafte Ehre, als unfreiwilliger Zuhörer mitzubekommen, wie eine junge Dame neben mir wortwörtlich zu ihrem Gegenüber sagte «Ja, weisch, isch irgendwie chly wie... oder? Und we de er o nid meint, dass es für ihn ke Sinn machi, de isch das ja o chly wie... aber schiinbar het er ja o nid – aso i weiss nid, aber isch doch chly wie... ja weiss o nid... versteisch?»

Der fassungslose Experte hätte besagter Dame am liebsten wortlos den Kopf in die Lasagne gedrückt, die sie gerade im Begriff war zu verspeisen. Dies ist zwar eine sehr effiziente Methode, um jemanden vom Reden abzuhalten, jedoch aber nicht die feine Englische. Darum hat sich der Experte darauf beschränkt, stellvertretend einen Alarm zu schlagen: Zusehends ist ein frappantes Missverhältnis zwischen Reden, Nachdenken und Zuhören auszumachen. Experten sind besorgt. Deine Frage – die gleichzeitig eine Feststellung ist – bezieht sich indirekt auf dieses Missverhältnis. Viele Leute reden viel, wenige reden wenig oder gar nichts, was ein Indiz dafür ist, dass sie wohl gerade zuhören oder nachdenken. Die logische Folge davon ist, dass viele Leute wahlweise viel unreflektierten Bockmist salbadern oder aneinander vorbei, wenn nicht gleich gegen eine Wand, reden. In ganz krassen Fällen schleudert man sich die verbale Scheisse gegenseitig um die Ohren, ohne zu treffen. Der Experte rät an dieser Stelle, ein Auge darauf zu haben, dass sich Reden, Zuhören und Nachdenken die Waage halten – ein sicheres Rezept, um mehr Redenswertes zu reden und mehr Hörenswertes zu hören. Ich hoffe, ich konnte helfen. Und wieso der Experte die Angewohnheit hat, sich wortwörtlich zu merken, was andere sagen, ist eine ganz andere Frage.

Lapidare Grüsse,
dein Experte **nw**

*Auch wenn es die Dozierenden zu Semesterbeginn kollektiv und repetitiv abstreiten – es gibt sie, die dummen Fragen! Unser ExpertInnen-Team nimmt sich ihrer an: eloquent, sachkundig und auch durchaus verständnisvoll. Sende jetzt deine Frage an frage@studizytig.ch und **GEWINNE** zwei Tickets für einen Eintritt in den Dachstock.*

Studenten-Abo
mit 70% Rabatt!
studi.derbund.ch



Warum gibt es immer
mehr Singles?

Der Bund

Für Leser.

**WIR
BRINGEN
FARBE INS
2017**

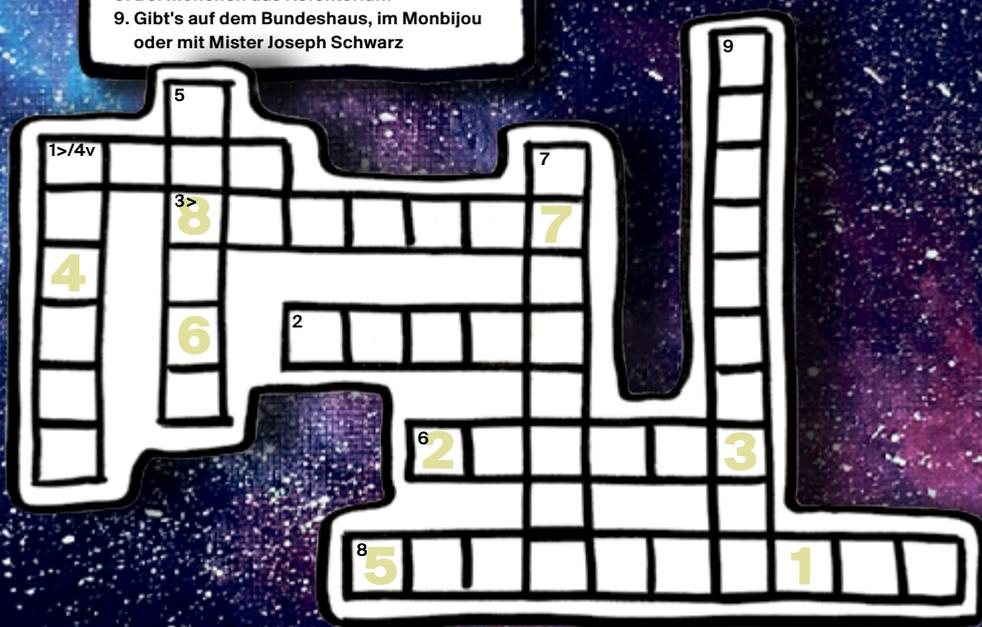
copytrend®
Länggassstrasse 49
3012 Bern
www.copytrend.ch Tel. 031 978 84 80
ctbern@copytrend.ch

Basel | Bern | Carouge | Genève | Lausanne | Lyss | Montreux | Solothurn | Zug | Zürich

Das galaktisch

gute
Rätsel!

1. Neben Dramatik und Lyrik
2. Kann dank van der Waal Wände hoch gehen
3. Viele Studierende nerven sich über die gelehrte, rote fette
4. Diese Kamera fotografiert keine Gegenfahrbahn
5. Unter der Côte Sud
6. Stil des sorgenlosen Schlosses
7. Dort ist die Preisreduktion Hauptstadt
8. Bei Mönchen das Refektorium
9. Gibt's auf dem Bundeshaus, im Monbijou oder mit Mister Joseph Schwarz



rätsel: philipp aebi,
jonas hirschi; gestaltung: afa

Sende das Lösungswort bis am 27.03.2017 an raetsel@studizytig.ch. Zu gewinnen gibt es 1x2 Tickets für die Vorstellung am 01.04.2017 des Stücks «Amerika» von Konzert Theater Bern. Viel Erfolg!



Hier noch Aebi
mit seinem Fuchsfell.

Impressum

Die *bärner studizytig* wird herausgegeben vom Studentischen Presseverein an der Universität Bern. Sie erscheint 4x jährlich mit einer Auflage von 11'308 Exemplaren.

Redaktion

David Burgherr (dab), Sam von Dach (svd), Rafael Egloff (re), Alice Fankhauser (afa), Eveline Huber (evh), Luca Hubschmied (lh), Lucie Jakob (luj), Andrea Knecht (akn), Livia Middendorp (lm), Rahel Schaad (ras), Yannic Schmezer (yas), Lukas Siegfried (lus), Jonathan Stauffer (jos), Mathias Streit (mas), Nicolas Weber (nw), Saare Yosief (say)

Externe

Design: Jacqueline Brügger, Paolo Riva
Bilder: Sam von Dach, Kim Pham
Illustrationen: Moritz Koller, Nico Schmezer
Layout: Alice Fankhauser
Rätsel: Philipp Aebi, Jonas Hirschi
Lektorat: Karla Koller
Website: Felix Brönnimann, Julian Morf, Lukas Bieri; dreigestalten

Werbung

Liliane Schuler, inerate@studizytig.ch

Kontakt

bärner studizytig, 3000 Bern
info@studizytig.ch, www.studzitytig.ch

Druck

Gassmann AG, Biel

Redaktionsschluss *bärner studizytig* #8:
17.02.2017

Inerate-Aannahmeschluss: 28.04.2017
Erscheinungsdatum (Versand): KW 21

Redaktion SUB-Seiten

Angela Krenger (ak), Flavia von Gunten (fvg)

Kontakt SUB

redaktion@sub.unibe.ch
Verantwortliche SUB-Vorstand:
Pia Portmann, pia.portmann@sub.unibe.ch
Lektorat SUB-Seiten: Simone Herpich

Adressänderungen bitte melden an:

abo@studizytig.ch

Die *bärner studizytig* dient der Student-Innenschaft der Universität Bern (SUB) als Publikationsorgan für Informationen für ihre Mitglieder auf den SUB-Seiten. Für SUB-Mitglieder ist das Abo der *bärner studizytig* im SUB-Mitgliederbeitrag inbegriffen.

Du bist nicht SUB-Mitglied, möchtest aber die *bärner studizytig* trotzdem nach Hause geschickt bekommen? Kein Problem! Sende eine E-Mail mit deiner Adresse an abo@studizytig.ch. Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und nicht weitergegeben.

Du möchtest die *bärner studizytig* nicht mehr im Briefkasten? Dann schlafe noch eine Nacht darüber. Wenn du sie dann wirklich nicht mehr willst, sende eine E-Mail an abo@studizytig.ch.

Kostenlose Hilfe in Rechtsfragen

Die StudentInnenschaft der Uni Bern bietet einen Rechtsdienst an. Dort können Studierende kostenlos Hilfe in Rechtsfragen erhalten. Zudem sammeln Jura-Studierende wertvolle Praxiserfahrung. Der Leiter des Rechtsdienstes lässt hinter die Kulissen des Beratungsteams blicken.

Die entscheidende Prüfung nicht bestanden, nun droht der Ausschluss aus dem Studium. Wer daran zweifelt, dass die Note rechtmässig vergeben wurde, kann sich an den Rechtsdienst der SUB wenden. «SUB-Mitglieder können mit jeder rechtlichen Frage auf uns zukommen», erklärt Michel Brühlhart. Einzig Anliegen zu Steuer-, Arbeits- oder Mietrecht würden die Beratenden an spezialisierte Stellen weiterleiten. Obwohl das Beratungsteam in einer breiten Palette Auskunft erteilen kann, würden die meisten Anfragen direkten Bezug zum Studium haben. Neben dem eingangs erwähnten Rekurs gegen Notenverfügungen sind das zum Beispiel Fragen zur Studienzeiterverlängerung oder zur Studienfinanzierung.

Beratung per Mail

Michel Brühlhart nimmt an, dass aus diesem Grund während den Semesterferien am wenigsten Anfragen eintreffen. Im Durchschnitt würden pro Woche zirka fünf Schreiben in seine Mailbox flattern. Auf der Website der SUB können

Leute, die eine Beratung wünschen, ein Kontaktformular ausfüllen, welches zu ihm gelangt. «Entweder helfe ich gleich persönlich weiter, oder eine der anderen Personen im Beratungsteam nimmt sich des Falls an. Sobald wir eine ausführliche Schilderung des Problems und alle nötigen Unterlagen haben, fangen wir mit der Beratung an», erklärt der Student der Rechtswissenschaften den Ablauf. Das Team bietet die Beratungen soweit als möglich per Mail an. In Ausnahmefällen per Telefon oder es erfolgt ein persönliches Treffen.

Mitanpacken ist ein Muss

Wer sich vorstellt, sämtliche Arbeit in die Hände der Rechtshilfeleute zu legen, liegt falsch. Brühlhart betont, dass sie ausschliesslich Beratungen anbieten. Beim Beispiel des Rekurses gegen Notenverfügungen würde die Person der Rechtshilfe erklären, was in einem Rekurs stehen muss und das Dokument vor der Abgabe durchlesen. Schreiben muss das SUB-Mitglied den Rekurs aber selber. Bis zu einem Jahr können Rekursfälle dauern,

erklärt er. Während dieser Zeit stünde der Rechtsdienst beratend zur Seite.

Wertvolle Erfahrungen für Jus Studis

Seit zweieinhalb Jahren berät Michel Brühlhart SUB-Mitglieder bei Rechtsfragen. Ans Aufhören denkt der Masterstudent nicht: «Es bereitet mir Freude, anderen Menschen zu helfen. Ausserdem sammle ich wertvolle Erfahrung auf vielen Gebieten des Rechts, welche mir im späteren Arbeitsleben zugutekommen kann.» Alle, welche den Bachelor in Rechtswissenschaften erlangt haben, dürfen Mitglied werden im Beratungsteam. Die Arbeit erfolgt ehrenamtlich, einzig Brühlhart erhält seiner Funktion als Leiter wegen eine Entschädigung. Vor zu viel Aufwand müsse sich niemand fürchten, unterstreicht Brühlhart: «Nur wer Zeit hat, übernimmt einen Fall. Das funktioniert, weil wir uns als Team gegenseitig unterstützen. Auch werfen wir niemanden ins kalte Wasser. Neumitglieder betreuen ihre ersten Fälle mit jemand Erfahrenem.» **text: fvg**

Studieren nach der Flucht



Studierende, die aus ihrem Heimatland flüchten mussten, sollen in der Schweiz ihre Hochschulbildung weiterführen können. In einem Positionspapier präsentiert der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) Vorschläge, wie dieses Anliegen erreicht werden kann. Auch die SUB engagiert sich für studentische Geflüchtete, so zum Beispiel mit dem Projekt «Offener Hörsaal».

Rund ein Drittel aller erwachsenen Asylsuchenden haben vor ihrer Flucht ein Gymnasium oder eine Hochschule besucht. So lautet das Fazit einer Studie aus dem Jahre 2016 des deutschen Amtes für Migration und Flüchtlinge. Obwohl für die Schweiz keine Zahlen vorliegen, ist anzunehmen, dass sich auch in unserem Land viele studentische Geflüchtete aufhalten. Um ihnen den Zugang zu einer Hochschule zu ermöglichen, hat der VSS ein Positionspapier mit acht Forderungen verabschiedet. Laut Projektleiterin Martina von Arx müssten die Sozialdienste so früh wie möglich die Vorbildung der Geflüchteten abklären und sie über ihre Möglichkeiten im Schweizer Bildungssystem informieren. «Ist das Integrationssystem nicht darauf ausgerichtet, Geflüchtete mit Studienhintergrund zu unterstützen, vergeben wir die Chance, die benötigten Fachkräfte im Inland auszubilden», gibt von Arx zu bedenken. Nach dem Motto «Bildung vor Arbeit» schätzt sie den Hochschulzugang als nachhaltige Integrationsmöglichkeit ein.

Vorlesung ja – Punkte nein

Unterstützung erhält der VSS von der Rektorenkonferenz der Schweizer Hochschulen: «Swissuniversities begrüsst

die Initiative des VSS. Die Schweizer Hochschulen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und bieten verschiedene Massnahmen für studieninteressierte Flüchtlinge an», erklärt Präsident Michael Hengartner. Ein Beispiel für eine solche Massnahme ist das Projekt «Offener Hörsaal» der SUB. Im Herbstsemester 2016 lanciert, ermöglichte es 20 geflüchteten Personen Zugang zu Vorlesungen und Seminaren. Für das Frühjahrssemester 2017 konnte die SUB die Kapazität auf 30 Teilnehmende ausbauen. Freiwillige Studierende unterstützen die Geflüchteten bei der Organisation ihres Gaststudiums. Prüfungen ablegen dürfen sie aber nicht: «Die SUB ist enttäuscht, dass die Uni es den Geflüchteten aktuell nicht ermöglicht, Kreditpunkte erwerben zu können», betont Simone Herpich, Vorstandsmitglied der SUB.

Knackpunkt Finanzen

Genau an diesem Punkt macht Martina von Arx ein grosses Problem aus: «Leute aus nicht EU-/EFTA-Drittstaaten müssen die Maturäquivalenzprüfung ECUS bestehen, um an einer Schweizer Hochschule zugelassen zu werden. Ein Jahr Vorbereitung auf diese Prüfung kostet 20'000 Franken. Ökonomische Kriteri-

en entscheiden also über den Zugang zu Hochschulbildung. Das darf nicht sein!» Entsprechend wenig Geflüchtete nahmen an der Uni Bern ein reguläres Studium auf. Laut der Abteilung Zulassung, Immatrikulation und Beratung seien von über 4'000 Bewerbungen für das Herbstsemester 2016 ein halbes Dutzend Dossiers von Geflüchteten eingegangen. Die Hälfte davon seien zugelassen worden.

Aufforderung zum Handeln

Projekte wie jenes der SUB gibt es auch an anderen Unis, etwa in Basel, Genf und Zürich. Der VSS begrüsst diese Bestrebungen, möchte aber mit seinem Positionspapier noch mehr erreichen. Bund, Kantone, Sozialdienste und Hochschulen fordert er zum Handeln auf. Aber auch Studierende, Fachpersonen aus dem Integrations- und Berufsberatungsbereich und die Zivilgesellschaft sollen studentischen Geflüchteten helfen. Das Positionspapier lässt sich auf der Homepage des VSS herunterladen. **text, bild: fvg**

Es werden immer wieder Studierende gesucht, die sich für Geflüchtete engagieren wollen. Melde dich bei: offener-hoersaal@sub.unibe.ch. Mehr Infos: sub.unibe.ch/Dienstleistungen/ Offener-Hoersaal und www.vss-unes.ch.

Standpunkte: Zum Wert von Bildung

Die StudentInnenschaft der Uni Bern (SUB) setzt sich für Chancengleichheit und einen freien Zugang zu Hochschulen ein. Die SUB-Redaktion wollte wissen, wie ein ökonomischer Denker wie Michael Otsuka von der London School of Economics zu den aktuellen Bildungsfragen steht. Gleichzeitig befragten wir die Berliner Philosophieprofessorin Kristen Meyer, die sich auf dieses Thema spezialisierte.

Dear Mike, you reject a general right for tuition fee free higher education which would exist independently of the manner in which higher education is provided. How then should higher education be organized?

In short, more like in German-speaking countries than in the UK. Universities in the UK are more hierarchical and exclusive. If, in a system such as the UK, higher education is paid out of general taxation, half of the population that goes to university is subsidized by the other half that doesn't go to university and that will earn less, due to their lack of a university degree. Their non-participation is explained in large part by brute bad luck and lack of opportunities available to others. It has been estimated that the effect on earnings over a lifetime of having a degree, relative to not having a degree, is a 28% boost for men and a 53% boost for women on average.

Abolition of tuition fees in the UK would be justified only if higher education is reformed. It would have to be flatter and less hierarchical with no selective elite groups and should include academic and vocational education, as for instance the «Fachhochschulen» in Switzerland. Basic, no frills higher education equally available to all could justifiably be funded entirely out of general taxation. This would amount to higher education similar to state funded highschools, though at a more advanced level. But more costly and exclusive higher education such as Oxford, Cambridge and the UK «Russell Group» more generally should be paid for by means of state-subsidized student loans if provided at all.

Students should then pay for their higher education if they decide to attend elite universities?

Not entirely. If someone has to decide on how to spend her money, she is most likely to spend it in such a manner as to obtain as much personal benefits as

possible. The economic argument for subsidies runs as follows: Higher education benefits society as well as the individual student, since it produces positive externalities such as greater economic growth, less expenditure on healthcare, higher quality of democratic participation and a lower crime rate. As much of the benefits of higher education will not go to the individual, but spread to society as positive externalities, there is a justification of student loans even to attend these elite universities. This way it remains rational for the individual to spend money on education and not on cars for example. This is one justification for a state subsidy of student loans. Another justification for the subsidy of loans is to ensure equality of opportunity to go to an elite university, irrespective of one's class background. In my view, the level of subsidy should depend on the extent to which higher education is a public good and the degree to which it is necessary to equalize opportunity.



«This way it remains rational for the individual to spend money on education and not on cars for example.»

If students would pay for their higher education instead of it being fully subsidized by all taxpayers, would they not lose every commitment to society as a whole?

Let's make a comparison with a vaccination policy. Even if vaccinations need to be purchased by the individual instead of being provided free of charge, their positive effects for public health would still spread. Similarly the positive externalities of higher education would occur independently of the individual's motivation.

Aren't universities always of value for society?

Universities, like opera and the theatre, should not receive subsidies on the grounds that these institutions are intrin-

sically valuable. The government should limit itself to the provision of what the philosopher John Rawls calls «primary goods», which are things that people «generally want in order to achieve their ends whatever they are». We shouldn't expect others to foot the bill, however worthwhile and enriching the pursuits we would like them to subsidize.

But cannot, for example, research benefit society?

I haven't focused on the role of research yet. But surely for example the sciences produce goods to society and may thus be subsidized.

You did devote yourself to the humanities. Why did you study in the first place?

Well, I knew I wanted to study at a fairly early age. I liked school and wanted to teach myself. I was very interested in politics, which I then chose to study. Shortly afterwards, I discovered philosophers such as John Rawls and Ronald Dworkin and then specialized on political philosophy.

Would you recommend the same to your children?

I do not have children, but if I did, I would tell them to do what they want to do.

Liebe Frau Meyer, befürworten Sie einen freien Zugang an die Hochschulen?

In Deutschland ist der Zugang zur Uni quasi kostenlos und ich finde dies gerade hinsichtlich der Chancengleichheit sehr wichtig. Gleichzeitig ist die Frage nach dem fairen Zugang zu Hochschulen immer auch eine Frage nach der Hochschulzugangsberechtigung. In Deutschland braucht es hierfür das Abitur. Ob ein solches absolviert wird, korreliert stark mit der sozialen Herkunft. Die Möglichkeit eines Abiturabschlusses steht offensichtlich nicht allen gleich offen.

Da eine Hochschulbildung später oft vergleichsweise gute Einkommensmöglichkeiten bietet, kann man sich in der Tat fragen, ob die Kosten von der Allgemeinheit übernommen werden sollten. Doch diese Gerechtigkeitslücke kann durch eine progressive Besteuerung ausgeglichen werden. Befürworter von Studiengebühren betonen oft, dass mit staatlich subventionierten Krediten der Chancengleichheit angemessen Rechnung getragen werden könne. Finanzschwachen Personen stünde so die Tür zu Hochschulen offen. Ich befürchte aber, dass solche Kredite gerade für sozial Benachteiligte ein Hindernis darstellen. Denn diese schrecken besonders davor zurück, sich zu verschulden. Der Vorschlag, diesem Problem könne entgangen werden, indem der Staat die Gebühren erst nachträglich, bei einem Mindesteinkommen, einfordere,

«Es braucht ein tiefes Interesse an den fachlichen Fragen und weniger an der Frage, inwiefern sich etwas auszahlt oder nicht.»

überzeugt mich ebenfalls nicht. Ein progressives Steuersystem scheint mir besser zu sein als eine solche nachträgliche Spezialsteuer. In einem System mit hohen Studiengebühren besteht meines Erachtens das Risiko, dass Bildung nur noch als Ware behandelt wird. Bei jeder Art der Bildungsinvestition, ob staatlich oder individuell, fragt man dann, inwiefern sich das später ökonomisch auszahlt.

Worin besteht denn der Wert von Bildung?

Bildung ist nicht nur ökonomisch wertvoll, sondern an sich für das Individuum und die Gesellschaft. Sie trägt zum individuellen, guten Leben bei und die Gesellschaft hat ein Interesse an einer umfassenden Bildung des Einzelnen. Eine Ausbildung in den Geisteswissenschaften zum Beispiel kann jede einzelne Person für das eigene Leben nutzen und in gesellschaftlichen Diskursen einbringen. Damit

geht nicht die Behauptung einher, dass nur UniversitätsabgängerInnen einen Beitrag zur Gesellschaft leisten würden oder der akademische Lebensstil der beste sei. Wichtig ist die Freiheit des einzelnen Menschen, seinen eigenen Bildungsweg zu wählen und dass ihm die Chancen dazu offenstehen. Dass gewisse Ausbildungsberufe nicht subventioniert werden, ist in dieser Hinsicht nicht gerechtfertigt.

Ökonomische DenkerInnen sehen den Wert, den Universitäten für die Gesellschaft haben können, ausschliesslich in deren positiven Externalitäten, so zum Beispiel in besserer Gesundheit und weniger Straftaten.

Wenn Bildung letztlich zu mehr Gesundheit führt, profitiert davon jeder und jede Einzelne. Das heisst, auch hier geht es um das individuelle Wohlergehen. Auch die ökonomischen Werte müssen sich letztlich daran messen lassen. Wenn sich die Diskussion über Bildung zu sehr auf ökonomische Massstäbe beschränkt, besteht aber das Risiko, dass die Studierenden diese Perspektive auf ihr Studium übertragen. StudentInnen befassen sich mit wissenschaftlichen Fragen, die sich nicht auf ökonomische Effektivitätserwägungen beschränken. Es braucht ein tiefes Interesse an den fachlichen Fragen und weniger an der Frage, inwiefern sich etwas auszahlt oder nicht. Eine derartige Einstellung verengt den Blick, sodass die notwendige Offenheit der Studierenden sich verringert. Als Dozentin wünsche ich mir StudentInnen, die sich für die Sache interessieren und sich nicht nur Techniken aneignen wollen, die eventuell auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind.

Wieso haben Sie selbst Philosophie studiert?

Ich studierte Biologie und wollte mich für Naturschutz einsetzen. Aber die Ziele, die im Naturschutz verfolgt werden, widersprechen sich manchmal – und sie widersprechen anderen Bestrebungen. Dem wollte ich genauer nachgehen. Das wurde dann mehr und mehr zu einer grundsätzlichen Frage über den Wert der Natur. Mein Interesse an solchen Fragen ist der Grund, weshalb ich Philosophie studierte und mich dann auf praktische Philosophie spezialisierte.

Würden Sie Ihren Kindern empfehlen, dasselbe zu tun?

Was heisst «empfehlen», ich würde meinen Kindern nichts empfehlen. Sie können jeden Weg einschlagen, den sie möchten. Wichtig ist, dass sie reflektiert entscheiden können und sich für das, was sie tun, begeistern können. **text, bilder: ak**

Michael Otsuka wurde 1964 in California geboren. Heute arbeitet der Philosophieprofessor an der London School of Economics (LSE). Er studierte in Yale sowie am Balliol College in Oxford. Aktuell befasst er sich unter anderem mit den Vorteilen von Kooperationen, Risiko-Pooling, Pensionen und Versicherungen, Eigentum sowie der Natur des Geldes.

Kristen Meyer wurde 1974 geboren und kommt aus Bielefeld (DE). Sie studierte an den Universitäten Münster, Bielefeld und St. Andrews. Heute wohnt die Professorin für praktische Philosophie in Berlin, wo sie an der Humboldt Universität unterrichtet. Zurzeit befasst sie sich unter anderem mit Zukunftsethik, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.



Wie nachhaltig ist die Mensa?

Küche Mensa Gesellschaftsstrasse.

Während des Semesters werden mehr als 1'400 Gerichte pro Tag in den Mensen der Uni Bern serviert. Bei diesen Dimensionen stellt sich die Frage: Wie nachhaltig arbeitet die Mensa?

Das Fleisch, welches den Studierenden und UnimitarbeiterInnen serviert wird, stammt aus tiergerechter Haltung. Alles andere würden die Gäste nicht akzeptieren, so der Betriebsleiter der Mensa Gesellschaftsstrasse, Rinaldo Schacher. «Wir verarbeiten hier nur Fleisch, von dem ich die Herkunft kenne», sagt der Küchenchef Roland Zimmermann. So kenne er zum Beispiel den Rinderhof in Arni (BE), von wo der Metzger, welcher die Mensa beliefert, sein Fleisch beziehe.

Vegi - vegan

Die Mensen servieren täglich ein vegetarisches oder veganes Menü und ein Fleischgericht. Von den 1'400 Gerichten sind zwei Drittel Fleischgerichte und ein Drittel vegetarisch. Letztere werden zur Hälfte vegan zubereitet. Ein Trend zu mehr veganen Gerichten gebe es keinen, im Gegenteil. Manchmal sei ein vegetarisches Gericht auch vegan, aber man verzichte darauf, dies explizit zu notieren, erklärt Zimmermann. Denn «Viele boykottieren vegane Gerichte und weichen dann auf das Fleischgericht aus».

Nachhaltig

Die Produkte würden, wenn immer möglich, regional bezogen. Dabei halte sich die Mensa aber nicht an bestimmte Labels. «Labels kosten immer Geld und manche regionalen Produzenten verfügen über keine Labels, obschon sie hochwertige Lebensmittel produzieren», erklärt der Küchenchef. Dasselbe gelte für das Gemüse. Beim Fisch hingegen halte man sich an das Label MSC und serviere aus ökologischen Gründen nur alle 14 Tage Fischgerichte.

Die Kaffeebohnen seien Fairtrade, ausser jenen für Espresso. Diese seien aber vom selben Lieferanten, sagt Geschäftsleiter Schacher. Ausserdem ergreift die Mensa Mittel gegen Foodwaste. Speisereste würden zu Biogas verwertet und eine Überschussproduktion zur Weiterverwendung von Nahrungsmitteln geführt, so Zimmermann.

Organisation

Die Mensa an der Gesellschaftsstrasse bereitet das Essen und die Sandwiches für die Mensen im Hauptgebäude, in

der Unitobler und am Bühlplatz vor und beliefert die Cafeterien Zentrum Sport und Sportwissenschaften und Chemie. Mensa und Cafeteria der UniS und das Hochschulzentrum vonRoll bereiten ihre Speisen selbst vor. Alle Betriebe unterstehen aber der Gastronomiegruppe ZFV, die unter anderem auch die Mensen der Uni Zürich leitet.

Einwegbecher?

Die Mensen an der Uni Bern streben bei ihren Gerichten Nachhaltigkeit an. Es gibt aber noch Verbesserungspotential. Was ist zum Beispiel mit den Einwegbechern? Diese Frage stellt sich der Verein für Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bern (BENE) und reichte vor kurzem einen Themenvorschlag für das Seminar Nachhaltige Entwicklung ein. «Eine Projektgruppe wird das Thema nun angehen und ein Konzept zur Vermeidung von Einwegbechern in den Mensen ausarbeiten, welches wir im Herbstsemester 2017 umsetzen können», berichtet Co-Präsidentin Clara Diebold. **text, bild: ak**



BEKB

BCBE

Für Studierende, die mehr wollen



KOSTENLOS

MAESTRO-STUcard

Mehr Vorteile

In deiner Region, den meisten Kantonen und online

Mehr Rabatte

Über 600 Partner für Ausgang, Shopping, Skifahren, Essen, Open Airs, Elektronik, Lifestyle-Gadgets und vieles mehr

Mehr Wettbewerbe

Im Wert von CHF 250'000.– pro Jahr mit hoher Gewinnchance

Mehr Wissen

Alle Vorteile zur Hand mit der STUcard App und dem Magazin

 15%	 10%	 10%	 15%	 WIN	... und viele weitere Deals!
					



BONUS26.CH